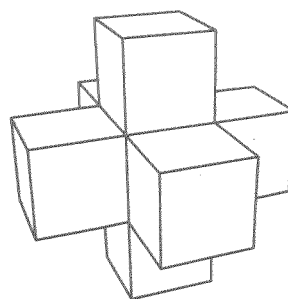


Schweizer Freisinn



Maier, Franz Georg
Direktor Schweiz. Landesrat
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

FDP Wir Liberalen.

10563

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz

Inhalt

Die FDP im Jahr 2007

Auf Bundesebene ist die FDP die Partei, deren Empfehlungen bei Abstimmungen am meisten befolgt werden. Aber die FDP braucht mehr Stimmen. 2007 wird die FDP gewinnen, ist FDP-Vizepräsident Léonard Bender überzeugt. **Seite 3**

Zusammenarbeit mit Osteuropa

Am 26. November kommt das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit Osteuropa vor das Volk. Die Zusammenarbeit mit Osteuropa und die Unterstützung der neuen EU-Staaten sind von eminenter Wichtigkeit. Direkte finanzielle Rückflüsse dank den Lieferaufträgen für die Schweizer Wirtschaft sind bei einem «JA» zu erwarten. **Seite 9, 18, 19**



Gute Stimmung am Parteitag.

Lust auf Zukunft!

Am 16. September zog es 500 Freisinnige in die Giessereihalle nach Zürich. Das Programm und das Ambiente an diesem Parteitag machten wirklich Lust auf Zukunft.

«Die FDP ist die positive Kraft der Schweiz – einzig wir Liberalen vertreten heute das Positive in der Schweizer Politik» so gab Parteipräsident Fulvio Pelli seiner Lust auf Zukunft Ausdruck. Die St. Galler Kantonsrätin Eva Nietlisbach moderierte durch den Anlass, und Eli-

ana Burki und Band trugen mit jazzigen Alphornklängen zur positiven Stimmung bei. Hauptteil bildeten die inhaltlich spannenden Reden zu den Themenkörben: «offene Schweiz», «intelligente Schweiz», «wachsende Schweiz» und «gerechte Schweiz». Präsentiert wur-

den dazu die bisherigen Inhalte der Projekte und Ausblicke in die Zukunft. Neben den vier verschiedenen Themen stiessen die Podiumsdiskussionen auf grossen Anklang bei den Anwesenden.

Seite 12

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Portal zum Recht

www.advochannel.ch

Binder
rechtsanwälte

Die Beseitigung von Steuerärgernissen der KMU

Viele Gewerbler schwitzen beim Ausfüllen der Steuererklärung mehr als bei der Arbeit.

Die Diagnose über unser Steuersystem ist bekannt. Es ist nicht durchwegs gerecht, nicht vollends wachstumsfreundlich, nicht genügend wettbewerbsneutral, und es wird immer komplizierter. Meinen Steuerprojekten ist daher gemeinsam:

- der Abbau von Verzerrungen,
- eine einfache und gerechte Besteuerung,
- die positive Wirkung für Wachstum und Beschäftigung,
- sowie die finanzpolitische Verkraftbarkeit.

Kurz vor Abschluss im Parlament steht die Unternehmenssteuerreform II. Dabei handelt es sich um die Weiterentwicklung der bundesrätlichen Steuerstrategie, die sich als richtig erwiesen hat. So hat die Unternehmenssteuerreform I von 1997 unserem Land nachweislich mehr Unternehmen, mehr Arbeitsplätze und sehr wahrscheinlich auch mehr Steuereinnahmen gebracht. Die Neuansiedlung von Holdinggesellschaften hat um markante 60% zugenommen. Für 88% der Unternehmen waren die Steuern bei ihrer Standortwahl das wichtigste Kriterium. Diese erste Steuerreform ist im



Hans-Rudolf Merz

Rückblick ein phänomenales Arbeitsbeschaffungsprogramm auf privater Initiative, entstanden durch Erleichterungen im steuerlichen Korsett.

Eine ähnliche Erfolgsstory könnte auch die auf die KMU fokussierte Unternehmenssteuerreform II werden. Rasch haben wir dabei die Frage der indirekten Teilliquidation und der Transponierung verabschiedet. Die Referendumsfrist läuft derzeit ab. Dank der geschaffenen Rechtssicherheit können zahlreiche blockierte Unternehmensnachfolgen endlich eingeleitet und abgeschlossen werden.

Der zweite Teil der Unternehmenssteuerreform II wird im Moment im Parlament zu Ende beraten. KMU sollen ihre unternehmerischen Entscheide möglichst frei von steuerlichen Zwängen treffen. Und dort, wo kein Geld fliesst, sollen auch keine Steuern erhoben werden. Diese simplen Grundsätze sind heute nicht erfüllt. Deswegen spricht man auch von Steuerärgernissen, die es zu beseitigen gilt.

Im Vordergrund steht die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Der gleiche Franken wird heute als Unternehmensgewinn und noch einmal bei der Ausschüttung (als Dividende) besteuert. Praktisch alle OECD-Staaten mildern oder beseitigen diese doppelte steuerliche Belastung – nicht aber die Schweiz. Darum büsst unser Land international sehr stark an Attraktivität ein, wenn man die Steuerbelastung der Anteilseigner berücksichtigt. Die Kantone haben diesen Nachteil erkannt und bereits einiges an Reformdynamik entwickelt. Die Doppelbelastung hat vor allem für KMU negative Auswirkungen. Diese schütten Gewinne nicht aus, sondern parkieren das Geld in der Firma, wo es oft brach liegt.

Die Teilbesteuerung der Dividende soll zur Anwendung kommen für Beteiligungen von über 10% am Aktienkapital. Dies führt beim Bund kurzfristig zu einem Einnahmeausfall von deutlich unter 100 Mio. Franken. Langfristig zahlt sich die Reform aber aus, weil sie dem Land einen spürbaren Wachstumsimpuls verleiht. Die Kantone sind frei bei der Festlegung der Teilbesteuerung. So wahren wir ihre Steuerautonomie. Dennoch wurde von linker Seite das Referendum gegen dieses Vorhaben angekündigt.

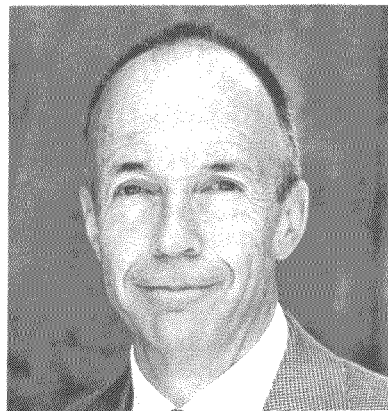
Die Unternehmenssteuerreform I belegt, dass ein Land unter Inkaufnahme kurzfristiger Steuerausfälle auf längere Sicht seine Ernte einfahren kann. Eine analoge Investition in die Zukunft ist die Unternehmenssteuerreform II, die alle Ingredienzien vereinigt, um an den Erfolg vorangehender Steuerreformen anzuknüpfen.

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Thomas Scheitlin

Nach mehr als einem Vierteljahrhundert ist es der FDP in St. Gallen wieder gelungen, den Sitz des Stadtpräsidenten zu erobern. Der freisinnige Kantonsrat Thomas Scheitlin, der seinen Wahlkampf vollständig im neuen Erscheinungsbild der FDP bestritten hat, wurde auf Anhieb als Stadtrat und Stadtpräsident gewählt. St. Gallen hat rund 70 000 Einwohner und ist damit die grösste Deutschschweizer Stadt mit einem freisinnigen Stadtpräsidenten. Deshalb gebührt Thomas Scheitlin der Titel «Kopf des Monats».



Thomas Scheitlin,
der Kopf des Monats Oktober.

Geit's no?

Die SP hat am 24. September bei sämtlichen Vorlagen verloren. Sowohl bei der KOSA-Initiative als auch bei den Migrationsvorlagen hat das Volk der Linken eine Abfuhr erteilt. Die Linke kommentierte die Resultate in gewohnter Weise. Als besonders schlechte Verlierer bei den Migrationsvorlagen erwiesen sich aber die Journalistinnen und Journalisten der Sendung «Echo der Zeit» von Radio DRS. Auf der Befürworterseite kamen Bundesrat Blocher und CVP-Ständerat Bruno Frick zu Wort. Grosszügiger war man mit der Redezeit für die Gegnerinnen und

Gegner der Vorlage. Neben der SP erhielten auch noch zahlreiche weitere Personen die Möglichkeit, ihr Missfallen über diesen Volksentscheid auszudrücken – bis hin zu so genannten «Betroffenen». Akribisch wurde durch die «Echo»-Redaktion aufzuzeigen versucht, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Fehlentscheid gefällt hätten. Die gerne und oft von SRG-Medien zitierte «Ausgewogenheit» blieb an diesem Sonntagabend auf der Strecke.

Wahlen 2007

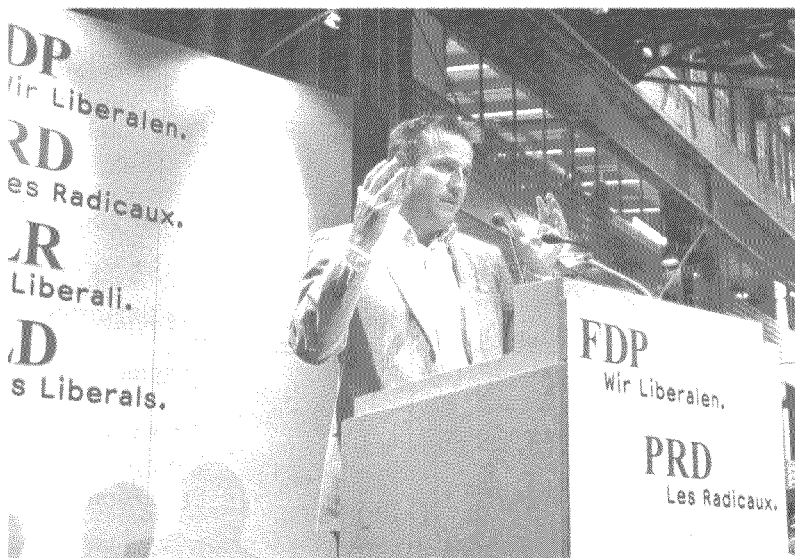
Und wenn die FDP die nächsten eidgenössischen Wahlen gewinnen würde?

Gedanken zu den Wahlen 2007

Von **Léonard Bender**, Vizepräsident der FDP Schweiz

Auf Bundesebene ist die FDP die Partei, deren Empfehlungen bei Abstimmungen am meisten befolgt werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine persönliche Einschätzung, sondern um das Ergebnis einer fundierten universitären Studie. Wie kommt es also, dass eine Partei, deren politischer Kurs dem Volkswillen so gut entspricht, bei den letzten eidgenössischen Wahlen so massive Verluste einstecken musste? Oder, anders gefragt: Wenn die Bürgerinnen und Bürger uns doch offenbar vertrauen, wenn es um konkrete Abstimmungsgegenstände geht, warum wählen sie uns dann nicht?

Ich habe lange über diese Frage nachgedacht, ohne eine zufriedenstellende Antwort zu finden... bis jetzt. Plötzlich, es traf mich wie der Blitz, hatte ich die Erklärung gefunden. Wenn die Wählerinnen und Wähler uns abstrafen, obwohl sie mit unserer politischen Linie weitgehend übereinstimmen, dann wollen sie eigentlich nur unser Bestes! Was auf den ersten Blick paradox erscheint, lässt sich schlüssig erklären: Das Volk weiss, dass wir ein wichtiger Bestandteil des politischen Diskurses in der Schweiz sind. Es gibt sich damit aber nicht zufrieden und erwartet von uns etwas mehr; es stellt besonders hohe Anforderungen an den Freisinn. Indem es uns schwere Niederlagen zufügt, bringt es uns dazu, uns immer wieder in Frage zu stellen. Die Botschaft ist, dass die FDP nicht mittelmässig sein darf, sich nicht mit kurzfristigen Planungen und schönen Worten begnügen kann. Die Menschen erwarten von uns, dass wir eine Sonderrolle in der Schweizer Poli-



Léonard Bender anlässlich seiner emotionalen Rede am Parteitag in Zürich.

itik einnehmen. Seit etwas mehr als anderthalb Jahren hat die FDP einen neuen Präsidenten, Fulvio Pelli. Dieser hat, unter Einbezug der Basis, eine beeindruckende Grundsatzarbeit geleistet.

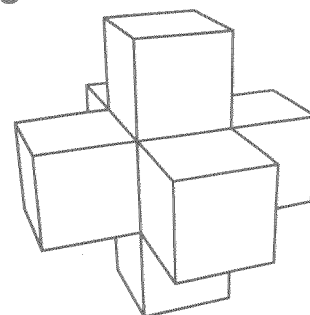
Die gemachten Fortschritte, und dies kann ich persönlich bezeugen,

lassen sich bei den Delegiertenversammlungen besonders gut beobachten. Diese waren in der Vergangenheit nämlich oft nicht viel mehr als eine medienwirksame Rede-Bühne für die führenden Köpfe der Partei. Heute aber haben die Delegierten ihre Versammlung

zurückeroberst. Diese Entwicklung ist ein starkes Symbol. Sie zeigt, dass wir die Botschaft des Volkes verstanden haben.

Ich bin sicher, dass bessere Tage kommen werden, in denen wir die Früchte für die von Rolf Schweizer begonnene und von Fulvio Pelli erfolgreich weitergeführte Erneuerungsarbeit ernten werden. Ja, mit dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung und der sinkenden Arbeitslosigkeit würde ein freisinniger Wahlsieg im Oktober 2007 all die Debatten über den angeblichen Niedergang unseres Landes und seiner liberalen und demokratischen Werte beenden und beweisen, dass die Schweiz noch eine Zukunft hat und dass diejenigen politischen Parteien, die unserem Land treu dienen, das Vertrauen des Volkes gewinnen und den verdienten Lohn ihrer Arbeit ernten werden.

Lust auf Zukunft!



Glanzresultat

Agathe Bühler ist höchste Bündnerin



Agathe Bühler

Mit einem ausgezeichneten Resultat wurde Grossrätin Agathe Bühler aus Schiers (GR) vom Bündner Grossen Rat zur Standespräsidentin des Standes Graubünden gewählt. Die FDP Schweiz gratuliert zu dieser ehrenvollen Wahl ganz herzlich. Wir wünschen Agathe Bühler als Standespräsidentin viel Erfolg und Befriedigung.

Mobile FDP

Die FDP-Fraktion zeigte sich anlässlich eines Apéritifs am Rande der Session in Flims sehr beweglich. Nur ein Teil nahm für diese Einladung ins hoch über Flims gelegene Ferienhaus von Ständerätin Helen Leumann den organisierten Bus. Nationalrätin Marianne Kleiner und Nationalrat Ruedi Steiner folgten der Einladung mit dem Elektrofahrrad. Die Nationalräte Georges Theiler und Otto Ineichen kamen zu Fuss. Ebenfalls für einen Fussmarsch hatte sich Bundesrat Pascal Couchepin entschieden.

Gerold Bühler als Economiesuisse-Präsident nominiert



Gerold Bühler schon bald Economiesuisse-Präsident?

Der Vorstandsausschuss von Economiesuisse hat den langjährigen Nationalrat und ehemaligen FDP-Präsidenten Gerold Bühler einstimmig als neuen Präsidenten nominiert. Bühlers Kandidatur ist also breit abgestützt. Die Wahl findet am 20. November anlässlich der Mitgliederversammlung von Economiesuisse statt. Bei einer Wahl würde Bühler unmittelbar danach die Nachfolge von Ueli Forster antreten. Gerold Bühler wird im Oktober 2007 nicht mehr zu den Nationalratswahlen antreten. Die FDP Schweiz gratuliert Gerold Bühler herzlich zu seiner Nomination!

Hans-Peter Lehnerr wird Bühlers Sitz verteidigen!

Der Vorstand der FDP Schaffhausen hat nach der Nomination von Gerold Bühler für das Economiesuisse-Präsidium rechtzeitig die Weichen gestellt und bereits einen Kandidaten für die Nationalratswahlen 2007 ausgewählt: Der erfahrene Regierungsrat Hans-Peter Lehnerr wird ins Rennen steigen und sicherstellen, dass neben Ständerat Peter Briner die Schaffhauser FDP weiterhin auch im Nationalrat vertreten sein wird. Wir wünschen dem Nationalratskandidaten viel Erfolg im Wahlkampf!

Veranstaltung

Delegiertenversammlung 14. Oktober 2006 in Sempach

Freitag, 13. Oktober 2006

- 13.45–15.45 Sekretärenkonferenz, Hotel Continental Park, Luzern
- 15.15–16.15 GL, Hotel Continental Park, Luzern
- 16.30–18.15 PPK, Hotel Continental Park, Luzern

Samstag, 14. Oktober 2006

- 10.15 Begrüssung und Verleihung des Unternehmerinnen-Preises der FDP Luzern

Ansprache des Parteipräsidenten

Die wachsende Schweiz

Das liberale Konzept einer nachhaltigen Energiepolitik
Erika Forster, Ständerätin (SG)

Podiumsdiskussion 1

Versorgungssicherheit, Stromlücke

Präsentation der Fragestellungen 1. Teil

Podiumsdiskussion 2

Energieeffizienz, Massnahmen-Mix

Präsentation der Fragestellungen 2. Teil

- 14.45 Verabschiedung der Delegierten, Schluss der DV



Kanton Thurgau

FDP Thurgau verleiht Unternehmerinnen-Preis

Bereits zum 7. Mal verleiht die FDP Thurgau die Auszeichnung. Diesmal an erfolgreiche Wirtschaftsfrauen.

Der Unternehmerinnen-Preis der FDP Thurgau soll dazu ermuntern, dass mehr Frauen den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Für die Preisauszeichnung werden Frauen berücksichtigt, die eine leitende Position in einem KMU innehaben oder ein eigenes Unternehmen führen. Die Dossiers können bis am 5. November der FDP Thurgau zugestellt werden.

Kanton Solothurn

FDP Solothurn geht auf Pulsföhlung

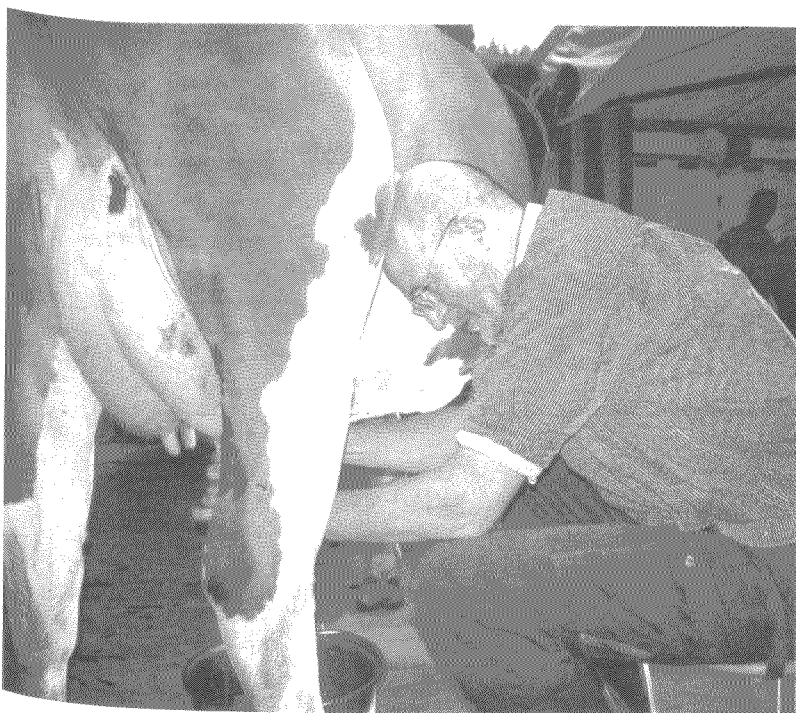
Die Solothurner Freisinnigen starten den Wahlkampf mit einer breit angelegten Umfrage.

Die September-Ausgabe des «Solothurner Freisinn» enthält einen Fragebogen zu den Wahlen 2007, bei dem die Präferenzen zur Listengestaltung und auch konkrete Kandidatennamen genannt werden können. Das basisdemokratische Element ergänzt die in den Statuten vorgesehenen Verfahren und ermöglicht der Basis, aktiv mitzubestimmen. Ein interessanter Ansatz, der auch anderswo Schule machen könnte.

Kanton Luzern

Vielseitig begabter Fulvio Pelli

Am Amtsparteifest vom 26. August 2006 in Bad Knutwil pries Parteipräsident Pelli die Innovationskraft der Landwirte und zog Parallelen zur Politik. Pelli bewies beim anschliessenden Melken einer Kuh Handgeschicklichkeit und versetzte dabei selbst Landwirte ins Staunen.



Kanton St. Gallen

Speranza auf dem Vormarsch

Dank dem Projekt Speranza erhalten schwächere Schüler auch im Kanton St. Gallen eine bessere Berufsperspektive.

Mit dem Projekt Speranza unterstützt die FDP St. Gallen das Amt für Berufsbildung, schulisch Schwächeren einen Ausbildungsplatz zu verschaffen. Das breit abgestützte Projekt wird in St. Gallen von Nationalrat Walter Müller geleitet. Die Personalberater der regionalen Lehrstellenbörsen können dank Speranza auf ortsansässige FDP-Mitglieder zurückgreifen, die ein gutes Netzwerk in der Wirtschaft haben und ihnen Türöffnerdienste leisten können.

Kanton St. Gallen

Verbandsbeschwerderecht wird eingeschränkt

Bei einem der wichtigen Geschäfte der Septembersession trugen die Freisinnigen einen Erfolg davon: Das gegenüber dem Bundesrecht weitergehende kantonale Verbandsbeschwerderecht wird abgeschafft.

Gestärkt von einem erfreulichen Abstimmungswochenende, setzte sich der Erfolg der FDP im Kantonsrat weiter fort: Die mittels Motion gestellte Forderung der FDP, das kantonale Verbandsbeschwerderecht abzuschaffen bzw. der Bundesregelung anzupassen, fand im Kantonsrat eine deutliche Mehrheit. Damit wird ein überholtes Relikt, das immer wieder zu unnötigen Verfahrensverzögerungen führte, abgeschafft. Mit einem Referendum aus linken Kreisen ist zu rechnen.

Kanton Zürich

Label «Energjestadt»

Globaler Klimawandel – die FDP Meilen macht eine nachhaltige Energiepolitik zum Thema.

Gemeinden mit einer umweltbewussten Energiepolitik erhalten das Label «Energjestadt». In Meilen wurde den freisinnigen Zuhörern die Labelvergabe vorgestellt. Von den 11 Gemeinden im Bezirk Meilen sind 3 Gemeinden (Küsnacht, Zumikon und Meilen) bereits Energjestädte. Uetikon strebt jetzt dasselbe an und will das Energielabel im Frühling 2007 erhalten.

Kanton Zürich

Erste Jungfreisinnige Sektion an einer Fachhochschule

An der Zürcher Hochschule Winterthur wurde eine Jungfreisinnige Sektion gegründet.

Seit der Gründerversammlung vom 15. August 2006 hat die landesweit grösste Fachhochschule eine jungfreisinnige Sektion. Die JF@ZHW wollen das politische Bewusstsein unter den Studierenden fördern und sie für Politik begeistern. Die jungfreisinnigen Pioniere wollen beweisen, dass man in der Politik sehr wohl etwas bewegen kann.

Union der Freisinnigen und Liberalen

Bilanz nach einem Jahr Zusammenarbeit

Von Christophe Berdat, Generalsekretär der Liberalen Partei der Schweiz

Die Geschäftsleitung und die Generalversammlung der Union der Freisinnigen und Liberalen sind am 15. September in Montreux, am Ufer des Genfersees, zusammengekommen, um über die ersten Monate der Zusammenarbeit Bilanz zu ziehen und um die nächsten Schritte im Rahmen der Union zu besprechen. Es war das erste wichtige Treffen seit der Gründungsversammlung von Neuenburg, welche im Juni 2005 in Anwesenheit von über 300 Mitgliedern der Union abgehalten wurde.

An dieser Stelle sei kurz daran erinnert, dass Freisinnige und Liberale die Urväter der Institutionen der modernen Schweiz sind und an der Entwicklung der bewährten, seit 1848 im Wesentlichen unveränderten politischen Strukturen unseres Landes massgeblich beteiligt waren. Die zentralen Werte der Freisinnig-Demokratischen wie auch der Liberalen Partei sind Freiheit und Verantwortung, und beide Parteien haben die gleiche Zukunftsvision einer vertrauenden und fortschrittlichen Gesellschaft. Durch ihren pragmatischen Reformwillen und ihre konstruktiven Ansätze setzten sich diese Werte und Visionen vom Wortgeplänkel sozialistischer und konservativer Ideologien ab. Dementsprechend haben sich FDP und LS nach den eidgenössischen Wahlen von 2003 auf eine Vertiefung ihrer Zusammenarbeit verständigt, worauf am 7. November 2003 die Unterzeichnung eines Kooperations-Vertrages und wenig später die Gründung der neuen «Freisinnig-demokratischen Fraktion» folgten. Es folgte eine intensive Debatte beider Parteien auf allen Ebenen über die Form der Zusammenarbeit. Schliesslich ent-



Union der Freisinnigen und Liberalen in Montreux.

schloss man sich für eine sehr flexible Organisationsstruktur, welche unter dem Namen Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) segeln sollte. Diese Organisation hat es sich zum Ziel gesetzt, «die Ansichten und Bestrebungen der Liberalen und der Freisinnig-demokratischen Parteien auf eidgenössischer Ebene anzugleichen und zu koordinieren sowie eine solche Annäherung in den Kantonen zu fördern». Ein weiteres Anliegen der UFL ist es, «sich um die Annäherung aller politischen Strömungen und Persönlichkeiten zu bemühen, die sich zu den liberalen Werten bekennen und sich für sie einsetzen».

Seit Oktober, liegt der Vorsitz der UFL gemeinschaftlich bei den Präsidenten beider Parteien; die eigentliche Leitung aber wird von dem politischen Beauftragten der UFL wahrgenommen. Am 7. Oktober 2005 wurde der liberale Genfer Abgeordnete Pierre Weiss von der UFL-Geschäftsleitung in dieses Amt gewählt und gemäss den UFL-Statuten mit der Entwicklung und

der Koordination der UFL beauftragt. Als Unterstützung wurde ihm hierzu der politische Sekretär für die Westschweiz der FDP, Sébastien Leprat, zur Seite gestellt.

Die in den Medien sehr präsente UFL arbeitet weiterhin zielstrebig an der Annäherung der beiden Parteien auf Bundes- wie auf Kantons-ebene. Diese Kooperation weiter voranzutreiben ist auch das erklärte Ziel der beiden Präsidenten, Fulvio Pelli und Claude Ruey, wie auch von Pierre Weiss. Zur gegenseitigen Abstimmung waren und sind zahlreiche Sitzungen und andere Treffen vorgesehen.

Hier einige für die UFL wichtige Daten im Jahr 2006:

- März 2006: Sitzung der UFL-Geschäftsleitung in Bern
- März 2006: Gründung der UFL in Corcelles-Cormondrèche (NE), in Anwesenheit von Pierre Weiss (politischer Beauftragter der UFL) und Léonard Bender (Vizepräsident der FDP Schweiz).
- Mai 2006: Internes Fortbildungsseminar der freisinnigen und

liberalen Wahlkämpfer in Martigny (hôtel du parc)

– Juni 2006: Sitzung des UFL-Präsidiums in Bern

– 15. September 2006: UFL-Generalversammlung in Montreux

Auf Bundesebene haben Freisinnige wie Liberale in Montreux ihren gemeinsamen Willen bekräftigt, diese Zusammenarbeit fortzuführen und zu vertiefen, und eine ganze Reihe von Seminaren, Kongressen und Versammlungen ist geplant, um eine gemeinsame politische Linie zu entwickeln und den gegenseitigen Austausch zu intensivieren. Übrigens nehme ich selbst seit einiger Zeit an den wöchentlichen Koordinationssitzungen des FDP-Generalsekretariates teil, um diese Zusammenarbeit genauestens abzustimmen. Wie sich diese vertiefte Zusammenarbeit in Zukunft gestalten wird, soll in naher Zukunft noch Gegenstand einer Diskussion werden.

Auch für die kantonale Ebene wurde in Montreux eine verstärkte Zusammenarbeit vereinbart. Dabei wurde insbesondere die politische Situation für jeden Kanton, in dem Liberale oder Freisinnige präsent sind, evaluiert. Die Lage ist von Kanton zu Kanton natürlich sehr verschieden, und die Zusammenarbeit der beiden Parteien hat trotz beachtlichen Fortschritten auch Rückschläge erleiden müssen. Das nächste Ziel ist es nun, die Bundeswahlen 2007 gemeinsam vorzubereiten und die Aufnahme von Kandidaten der jeweils anderen Partei in jede freisinnige oder liberale Liste zu ermöglichen. Denn unsere Herausforderung, wie es Pierre Weiss vor einiger Zeit sagte, ist heute «die Rückeroberung der Wählergunst. Dies bedingt eine Neugestaltung des Angebots und der politischen Landschaft. Denn 2007 steht schon fast vor der Tür».

Bundeskinderzulagen

Bundeskinderzulagen ja oder nein?

Pro und Contra

Pro

Verbesserung – Vereinfachung – Weniger Bürokratie

Mit einem Ja zum Bundesgesetz über die Familienzulagen am 26. November harmonisieren wir die Kinderzulagen schweizweit.

Von **Christine Egerszegi-Obrist**,
Nationalrätin, Mellingen

Höhe und Anspruchsberechtigung der Kinderzulagen werden heute kantonale geregelt. Sie variieren zwischen 160 (BE, VD, NE) bis

260 Franken (VS) pro Kind und Monat. (Landesdurchschnitt = 184 Franken). Das führt zu Schwierigkeiten, wie folgende Beispiele zeigen:

a) Die Fachhochschulen Aargau, Solothurn, Baselland und Basel-Stadt haben sich zur Fachhochschule Nordwestschweiz vereinigt. Die Dozierenden können

an allen Standorten eingesetzt werden. Doch welche Kinderzulagenregelung gilt jetzt? SO mit 190 Franken, AG und BS mit 170 Franken oder BL mit 200 Franken?

b) Wohnt eine allein erziehende Mutter im Kanton Schwyz, erhält sie 200 Franken Kinderzulagen, auch wenn sie nicht erwerbstätig ist. Nimmt sie nun ein paar Kilometer weiter, im Kanton Zürich, eine 50-Prozent-Stelle an, bekommt sie nur eine halbe Zulage nach Zürcher Ansätzen, also 85 Franken. Statt 200 Franken nur 85 Franken, weil sie sich um Arbeit bemüht hat...

Eine Harmonisierung ist nötig. Das neue Rahmengesetz sieht eine Mindestzulage von 200 Franken für Kinder und 250 Franken für Jugendliche in der Ausbildung. Der Bund regelt neu die Anspruchsbe-

rechtigung, die Kantone sind weiterhin für die Organisation und Finanzierung zuständig. Sie können über den Mindestansatz hinausgehen. Die Harmonisierung kostet 0,2% der gesamten Lohnsumme,

das sind 480 Mio. Franken mehr als heute.

Die Gegner der Vorlage sprechen von Bundeskinderzulagen, von Staatsverschuldung und Sozialtransfers ins Ausland. Diese Argumente sind unhaltbar: Das Bundesgesetz legt nur den Rahmen fest. Der Bund wird nach wie vor nur die Kinderzu-

lagen für das Bundespersonal (338 Franken/Kind) und für die Landwirtschaft (195 Franken/Kind) ausrichten. Er wird also auch kaum mehr belastet. Die Zulagen für Kinder im Ausland müssen neu nach der jeweiligen Kaufkraft des Landes ausbezahlt werden. Das bringt sogar tiefere Kinderzulagen.

Wir fordern Flexibilität in der Arbeitswelt; wir setzen uns ein für die Nutzung von Synergien und für weniger Bürokratie. Viele interkantonal tätige Unternehmen oder Verbände, wie die Swissmem, haben aus diesem Grund bereits heute die Kinderzulagen auf 200 resp. 250 Franken harmonisiert. Mit einem Ja zum Bundesgesetz über die Familienzulagen am 26. November harmonisieren wir die Kinderzulagen schweizweit.



Christine Egerszegi

Contra

Bundeskinderzulagen sind zu viel des Guten

Die knappen Mittel müssen gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden. Am 26. November deshalb ein Nein zur Einführung von Luxuszulagen.

Von **Edi Engelberger**, Nationalrat,
Stans, und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Jährliche Mehrkosten von 600 Millionen Franken für Bundeskinderzulagen sind zu viel. Die Einführung einer neuen Sozialversicherung ist entschieden abzulehnen, gleich wie die Entmachtung der Kantone.

Die föderalistische Ausgestaltung der Familienzulagen hat sich bewährt. Das System ist leistungsfähig und verlässlich. Die in der Schweiz ausbezahlten Zulagen gehören weltweit

zu den höchsten. Alle kantonalen Regelungen wurden demokratisch beschlossen sowie bürgernah und bedürfnisgerecht ausgestaltet. Die Kantone brauchen keine Bevormundung. Ihre Entmachtung ist klar abzulehnen.

Bund, Kantone und wichtige Sozialwerke sind massiv verschuldet. Für eine neue Sozialversicherung fehlt das Geld. Mehrkosten von jährlich 600 Millionen Franken sind entschieden zu viel. Die durch die Unternehmenssteuerreform vorgesehene Entlastung der Betriebe würde gleich wieder vernichtet, der wirtschaftliche Aufschwung gefährdet. Die öffentliche Hand müsste die Steuern erhöhen, die Betriebe ihre Mehrkosten überwälzen. Der Lohndruck nähme zu, die Güter würden teurer. Ende Monat

bliebe weniger Geld im Portemonnaie.

Bereits heute werden 230 000 Familienzulagen ins Ausland exportiert. Der Schweizer Wirtschaft geht so eine halbe Milliarde Franken an

Kaufkraft verloren. Mit dem Gesetz müssten auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler noch mehr Zulagen ins Ausland transferiert werden.

Familien brauchen gute Rahmenbedingungen und keine bürokratischen Umverteilungsapparate. Familienfreundliche Steuern und gute Bil-

dingsangebote sind hilfreicher als marginal höhere Zulagen. Der geplante Ausbau würde nach dem Giessskannenprinzip erfolgen. Viel Geld würde sozialpolitisch nutzlos versickern. Die knappen Mittel müssen gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden – für Familien und Kinder.

Bundeskinderzulagen sind zu viel des Guten. Sagen deshalb auch Sie NEIN zur Einführung von Luxuszulagen und zur Mogelpackung Familienzulagengesetz.



Edi Engelberger

Wir Liberalen!

In einem TZ-Artikel «Freisinn auf Sinnsuche» erhalten Freisinnige den Rat, ihrer Marke «Freisinn» treu zu bleiben und auf das neue Leitmotiv «Wir Liberalen» zu verzichten. Dem Verfasser des Ratschlages und einzelnen FDP-Exponenten missfällt das Thema «Liberale Integrationspolitik» der letzten Delegiertenversammlung. Sie empfehlen der FDP, beim verantwortungsbewussten Generalthema «Weniger Staat und Steuern» und bei traditionellen christlichen Werten zu bleiben.

Unter Liberalismus verstehe ich, dass wir Liberalen uns für das von uns als gut empfundene Gute einsetzen, unabhängig von ideologischen Glaubenssätzen. In wunderbarer Weise hat der deutsche Dichter Lessing (1729–1781) seinen Helden «Nathan der Weise» die aus mittelalterlichem Islam und italienischer Renaissance übernommene «Ringparabel» erklären lassen. Damit antwortete dieser auf die Fangfrage des Sultans: «Welche der drei Religionen Judentum, Christentum und Islam ist die beste?» Nathan antwortete, dass der echte Ring des Vaters möglicherweise verloren sei und dass deshalb der echte Wille des Vaters nur noch an Leben und Taten der drei Söhne erkennbar sei.

Wir Liberale freuen uns über Christen, Juden und Mohammedaner, die sich zu ihrer eigenen Religion bekennen, die aber im Liberalismus ihre politische Heimat gefunden haben und die mit oder in der FDP sich für das gemeinsam erkannte Gute einsetzen wollen. Für diese offene Politik setzen wir uns ein, auch wenn sie in Zusammenarbeit mit anderen Religionen, Parteien oder mit unserem eigenen Staat am besten verwirklicht werden kann. Darin sehe ich das Ziel einer liberalen Integrationspolitik und damit einer im besten Sinne staatserhaltenden Partei.

Walter Schmid, Frauenfeld

Positiv überrascht!

Vor einiger Zeit habe ich mich mit einem Anliegen an die FDP gewendet, wie auch an die anderen Parteien. Von vielen Seiten bekam ich Rückmeldungen, jedoch nur die FDP ging konkret auf mein Anliegen ein, ja ich wurde sogar zu einer örtlichen Versammlung eingeladen.

Von allen anderen Parteien hätte ich so was erwartet, aber am wenigsten von der FDP. Ich war auch der Meinung, die FDP sei vorwiegend eine «Bonzenpartei», die meine Anliegen nicht interessieren, doch konnte ich mich überzeugen, dass dem nicht so ist in beiderlei Hinsicht.

Dadurch, dass die FDP mir am meisten entgegengekommen ist und vom Gedankengut her mich am meisten anspricht, will ich nun Mitglied dieser Partei werden.

Adrian Dellenbach, Konolfingen

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
300 Bern
gnaegi@fdp.ch

Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

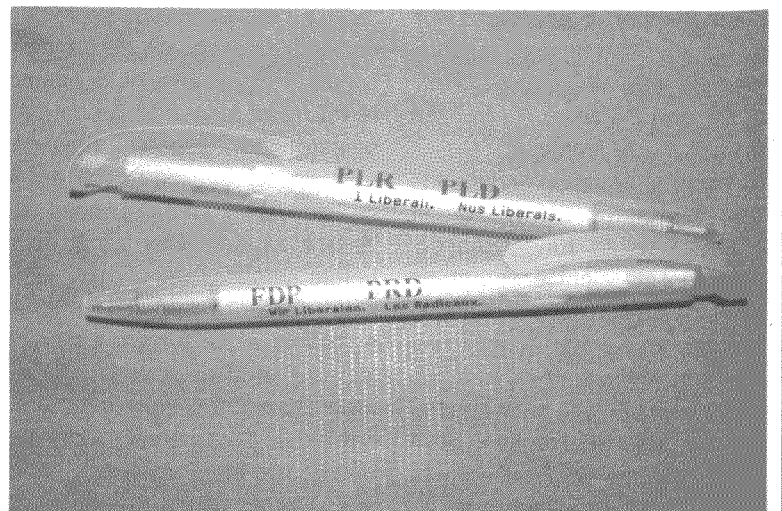


20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Kugelschreiber mit FDP-Logo

Damit die Post-it nicht leer bleiben...



50 Stück

Preis: Fr. 35.– zuzüglich Porto und Verpackung

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Osthilfegesetz

Interessenpolitik oder ideologische Betonmauer?

Das Referendum gegen das Osthilfegesetz der europapolitischen Betonmauerstrategen stellt den bewährten bilateralen Weg der Schweiz im Verhältnis zu Europa auf die Probe. Es stehen nicht die Interessen der EU – wie das die Gegner des Unterstützungsbeitrags gerne sehen – auf dem Spiel, sondern die der Schweiz und unserer Wirtschaft.

Von **Walter Müller**, Nationalrat, Azmoos SG, Mitglied der aussenpolitischen Kommission

Der Ärger über die schlechte Dossierführung des EDA und der finanzpolitische Eiertanz des Bundesrates ist zwar verständlich, aber deswegen die schweizerischen Interessen in der Aussenwirtschaftspolitik in Frage zu stellen, ist mehr als bedenklich und zeugt von wenig politischem Verantwortungsgefühl.

Worum geht es?

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein wesentlicher Beitrag zu Frieden, Stabilität und Prosperität in Europa. Die Schweiz wird davon profitieren. Im Rahmen der Verhandlungen zu den Bilateralen II hat der Bundesrat am 12. Mai 2004 entschieden, einen schweizerischen Beitrag zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion in Europa von einer Milliarde Franken verteilt über die Zeitdauer von mehreren Jahren zu leisten. Gleichzeitig hat er entschieden, dass der Beitrag von der Schweiz in autonomer Weise verwaltet wird – was in langwierigen Verhandlungen mit der EU auch sichergestellt wurde – und die Finanzierung vollständig durch die Kompensation innerhalb der bestehenden Budgets respektive der Finanzpläne des EDA und EVD erfolgt.

Das Parlament verlangt Korrekturen

Die heutige Bundesrätin Doris Leuthard verlangte in einer Motion, die vom Bundesrat abgelehnt und vom Parlament überwiesen wurde, dass der Beitrag der Schweiz zum



Walter Müller

wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten ausgleich der EU nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe zu finanzieren sei. Aufgrund der zögerlichen Haltung des Bundesrates konnten sich alle Kräfte, die eine Finanzierung der so genannten Kohäsionsmilliarde durch Kompensation verhindern wollten, etablieren. Mehr als zwei Jahre seit dem Grundsatzentscheid vom 12. Mai 04 hat sich der Bundesrat Zeit gelassen, um die Frage der Finanzierung klarzustellen! 60% wird kompensiert und 40% dem allgemeinen Haushalt entnommen. Der Bundesrat hat damit die Flanken für die Gegner der Vorlage weit, sehr weit offen gelassen.

Das neue Gesetz

Das mit dem Referendum bekämpfte Osthilfegesetz ist auf zehn Jahre beschränkt und ist neu Rechtsgrundlage für die traditionelle Osthilfe – die bisher durch einen einfachen Bundesbeschluss geregelt war – und die Kohäsionszahlungen an die EU-Oststaaten. Es wurde ganz bewusst auf eine eigene Rechtsgrundlage für die so

genannte Kohäsionsmilliarde verzichtet, damit keine falschen Begehrlichkeiten von Seiten der EU geweckt werden. Wenn der Bundesrat heute Wert darauf legt, dass wir nur noch von Solidaritätsbeiträgen sprechen, so halte ich das als eine unbedeutende Wortspielerei. Viel wichtiger scheint mir, dass die Schweiz ihren Beitrag eigenständig verwaltet und nicht in den EU-Kohäsionsfonds einbringt.

Eine Investition für die Zukunft

Mit dem Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU setzen wir einen

weiteren wichtigen Markstein für die Aussenwirtschaftsbeziehungen zu den neuen EU-Oststaaten. Die jungen und dynamischen Volkswirtschaften im Osten sind für die schweizerische Exportwirtschaft interessant, eröffnen neue Absatzmärkte und sichern damit Arbeitsplätze in der Schweiz. Durch die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Osteuropa dürfte auch der Auswanderungsdruck wesentlich geringer werden. Das Engagement in Osteuropa bedeutet Solidarität und Interessenpolitik gleichermaßen. Das Osthilfegesetz ist im Interesse der Schweiz.

Kurz und bündig

Fraktionsvorstoss der FDP für eine offene Schweiz

Nach dem klaren Ja der Schweizerinnen und Schweizer zum neuen Ausländergesetz ist nun ein Schwerpunkt auf die Integration der Ausländerinnen und Ausländer zu legen. Mit einer Motion, welche von der gesamten FDP-Fraktion beschlossen wurde und von Ständerat Fritz Schiesser eingereicht wird, verlangt die FDP vom Bundesrat die Erarbeitung eines Rahmengesetzes zur Integration auf Bundesebene. Die Integration der in der Schweiz anwesenden Ausländerinnen und Ausländer ist eine staatliche und gesellschaftliche Kernaufgabe. Mit diesem Vorstoss setzt die FDP-Fraktion eine Forderung der freisinnigen Delegierten um.

Intelligente Schweiz

Die FDP macht vorwärts mit der Verbesserung der Qualität der schweizerischen Schulbildung. Die von den Delegierten der FDP Schweiz im April verabschiedeten Forderungen werden auf nationaler und kantonaler Stufe umgesetzt. Das Zukunftspotenzial der Schweiz liegt in gut ausgebildeten Arbeitskräften und höchstqualifizierten Spezialisten. Damit dieses Ziel der «Intelligenten Schweiz» erreicht wird, braucht es auf allen Ebenen intensive Anstrengungen. Deshalb hat die FDP eine landesweite Offensive auf allen Stufen lanciert. Auf eidgenössischer Ebene wird sich die FDP dafür einsetzen, dass die Zielsetzungen der neuen Bildungsverfassung erreicht werden. Ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss wurde bereits eingereicht.

Über Tabakrauch

Die parlamentarische Initiative «Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen» ist ein Kernstück liberaler Werte.

Von Felix Gutzwiller, Nationalrat,
Zürich

Er drückt es treffend aus. Der liberale Vordenker John Stuart Mill schreibt in seiner Schrift «On Liberty» – Über die Freiheit –, einen einzigen Grund nur habe eine zivilisierte Gesellschaft, sich in die Handlungsfreiheit des Einzelnen einzumischen: sich selbst oder ihre Mitglieder vor Schaden durch Dritte zu schützen. Dazu stehen wir Liberalen ohne Wenn und Aber.

So ist denn ein liberaler Grundgedanke der parlamentarischen Initiative «Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen» Pate gestanden: Jeder mündige Mensch ist alleiniger Eigentümer seines Körpers; er darf seine Gesundheit erhalten oder ruinieren – aber keinen anderen schädigen. Er darf tun und lassen, essen, trinken, rauchen, was und so viel er mag – wenn er Dritte nicht in ihrer Freiheit und Unversehrtheit einschränkt.

Viel muss der Staat nach liberalem Verständnis nicht garantieren; doch für den Schutz der Freiheit – dazu gehört auch die Gesundheit, soweit sie von anderen bedroht



Gesundheitsschutz verlangt nach pragmatischen Lösungen.

Bild: Keystone

ist – und des Eigentums soll er einstehen. Das unterscheidet die liberale Gesellschaft von Anarchismus und Faustrecht.

Mittlerweile wird es von vernünftigen Zeitgenossen nicht mehr geleugnet: Passivrauchen, das unfreiwillige Mitrauchen, verursacht gravierende gesundheitliche und wirtschaftliche Schädigungen Dritter, vor denen sich der Einzelne nicht eigenverantwortlich schützen kann. Konservative Studien, auf die

sich auch der kürzliche Bericht des Bundesrates¹ abstützt, rechnen in der Schweiz jährlich mit mehreren hundert vorzeitigen Todesfällen und Tausenden Erkrankungen wegen des Passivrauchens. Wirtschaft und Gemeinwesen haben Schäden in der Höhe einer halben Milliarde zu tragen.

Der Handlungsbedarf ist also gegeben, die Bevölkerung und die Wirtschaft vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen. Eine liberale Gesellschaft darf nicht zulassen, dass Dritte gesundheitlich und materiell geschädigt und damit in ihrer persönlichen Integrität eingeschränkt werden. Diese Erkenntnis hat sich auch in der Bevölkerung durchgesetzt: Grosse Mehrheiten verlangen nach einer griffigen Lösung des Problems und nach einem wirksamen Schutz vor dem Passivrauchen² – ein klarer Auftrag für Parlament und Regierung.

Das Problem kann mit einer einfachen Änderung des Arbeitsgesetzes weitgehend gelöst werden – mit der Bestimmung «Arbeitsplätze sind rauchfrei». Fumoirs sind weiterhin möglich. Diese Bestimmung

schützt Personen an den meisten Orten, an denen man sich üblicherweise aufhält, denn die meisten geschlossenen und öffentlich zugänglichen Räume sind auch Arbeitsplätze. Neue Gesetze oder gar Sondererlasse sind nicht notwendig.

Eine Subkommission der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit hat diese pragmatische Lösung in konstruktiver Arbeit entworfen. Rechtsgutachten kommen übereinstimmend zum Schluss, dass die vorgeschlagene Massnahme zum Schutz der Wirtschaft und der Bevölkerung vor dem Passivrauchen verfassungsmässig und verhältnismässig ist: Sie liegt im öffentlichen Interesse, sie steht in einem vernünftigen Verhältnis zur Wirkung, und sie beschränkt weder die Handels- und Gewerbefreiheit noch die persönliche Freiheit unzulässig. Die Massnahme ist einfach, kostet nichts, hat erwiesenermassen keine negativen Folgen für die Wirtschaft im Allgemeinen und die Gastronomie im Besonderen und bringt Letzterer sogar positive Impulse.

Wir wollen uns nicht eines Tages vorwerfen lassen, wir hätten nicht getan, was auf der Hand gelegen hat: Es ist unsere liberale Pflicht, zu handeln und die Bevölkerung und Wirtschaft vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen.

¹ Bericht des Bundesrates zum Schutz vor Passivrauchen vom 10. März 2006

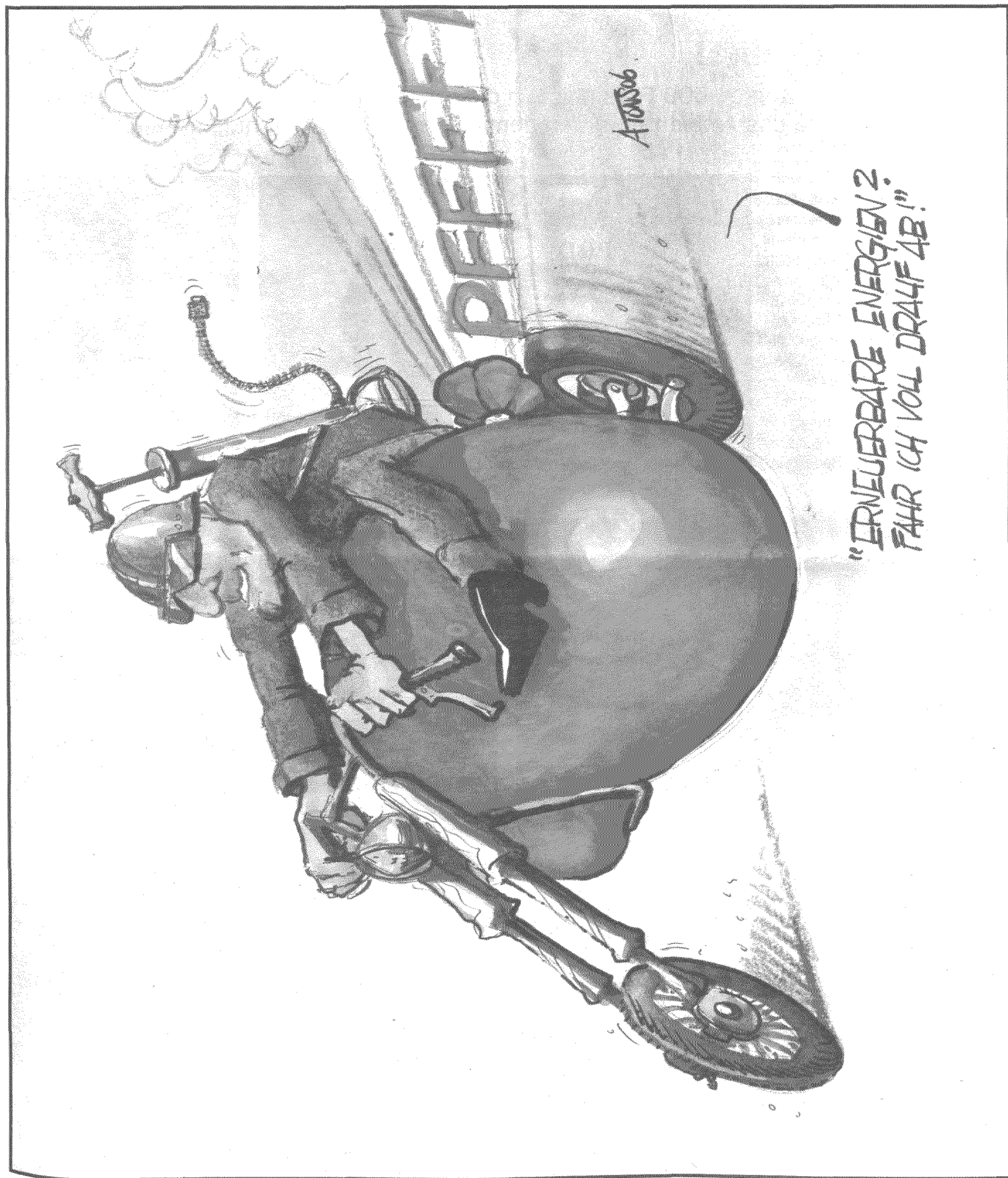
² Repräsentative Erhebung von KonsO, Institut für Konsumenten- und Sozialanalysen AG, Basel, im Auftrag der schweizerischen Stiftung pro aere, vom 30. August 2006 bei 1066 Personen in der Deutschschweiz und der Suisse Romande.

Wort des Monats

Gesundheitsqualität

Die Schweiz verfügt über ein ausgezeichnetes Gesundheitssystem. Dieses System soll mit einer effizienten Nutzung unseres hohen Gesundheitsstandards erhalten werden. Die Prävention muss gefördert werden: Die Gesundheit der Menschen muss im Gesundheitswesen im Zentrum stehen, nicht die Krankheit. Die Eigenverantwortung aller Beteiligten ist zu fördern. Alle, Patienten, Ärzte,

Spitäler, Versicherer usw., sind für das Gesundheitssystem mitverantwortlich. Nur so wird es gelingen, die Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Die Möglichkeiten, hier entsprechende Anreize zu schaffen, sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Gesundheitsqualität bedeutet also qualitativ hoch stehende, auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtete und bezahlbare Leistungen.

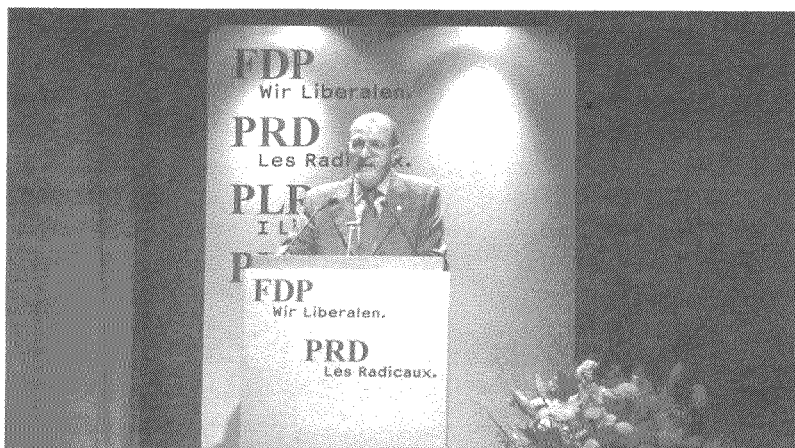


Parteitag

Lust auf Zukunft!

Am 16. September zog es 500 Freisinnige in die Giessereihalle nach Zürich. Das Programm und das Ambiente wurden dem Titel mehr als gerecht.

Nach einem kurzen Grusswort von Doris Fiala, Präsidentin der FDP Zürich, eröffnete Parteipräsident Fulvio Pelli mit einer packenden Rede den Parteitag. Fulvio Pelli strich in seiner Rede besonders hervor, dass die FDP die positive Kraft der Schweiz sei und die Schweiz die FDP als positive Kraft dringend braucht: «Einzig wir Liberalen vertreten heute das Positive in der Schweizer Politik.» Pelli forderte auch, dass fortan in erster Linie von Chancen und weniger von Risiken und Sorgen die Rede sein müsse.



Parteipräsident Fulvio Pelli bei seiner Eröffnungsrede.



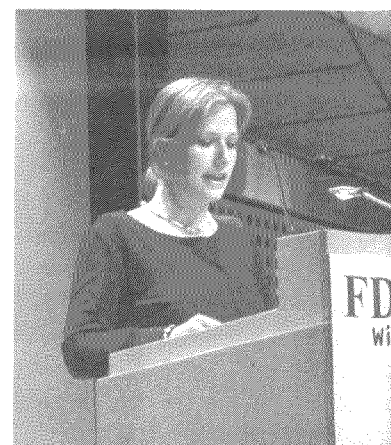
Die St. Galler Kantonsrätin Eva Nietlisbach führte durch den Anlass.



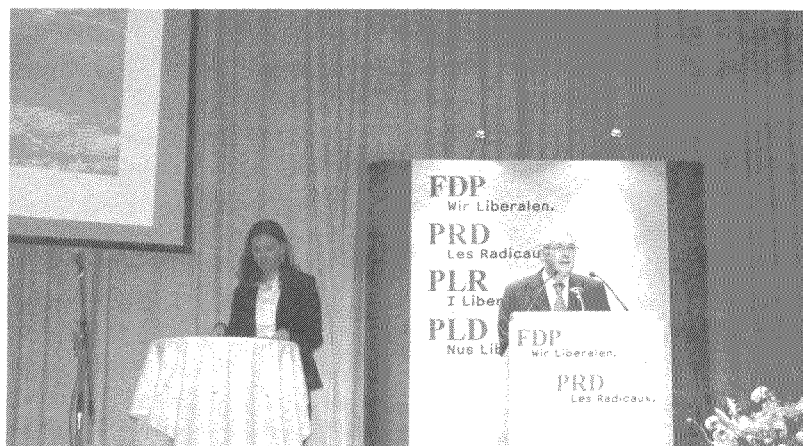
Eliana Burki und ihre Band verwöhnten das Publikum mit jazzigen Alphornklängen.



Léonard Bender versprühte Lust auf Zukunft!



Christa Markwalder setzte sich für die «intelligente Schweiz» ein.



Lena Schneller und Hans Altherr präsentierten die Inhalte des Projektes «offene Schweiz».



Léonard Bender, Kurt Fluri, Verena Gick und Carla Speziali zeigten auf, wie die neue Strategie auf kantonaler und kommunaler Ebene umgesetzt wird (v. l. n. r.).

Hitzig und emotional ging es in der Giesse-
reihalle während der Podiumsdiskussionen
zu und her. Die Jungfreisinnigen Lena
Schneller, Juliette Hotz, Christian Wasserfal-
len und Gisela Oreiller moderierten je ein
Podium zu den vier Themenkörben und
freuten sich über die interaktiven Diskus-
sionen.



Eines der vier Podien: Pirmin Schwander, SVP SZ, Christian Wasserfallen, Moderator, und Peter Briner, FDP SH (v.l.n.r.)

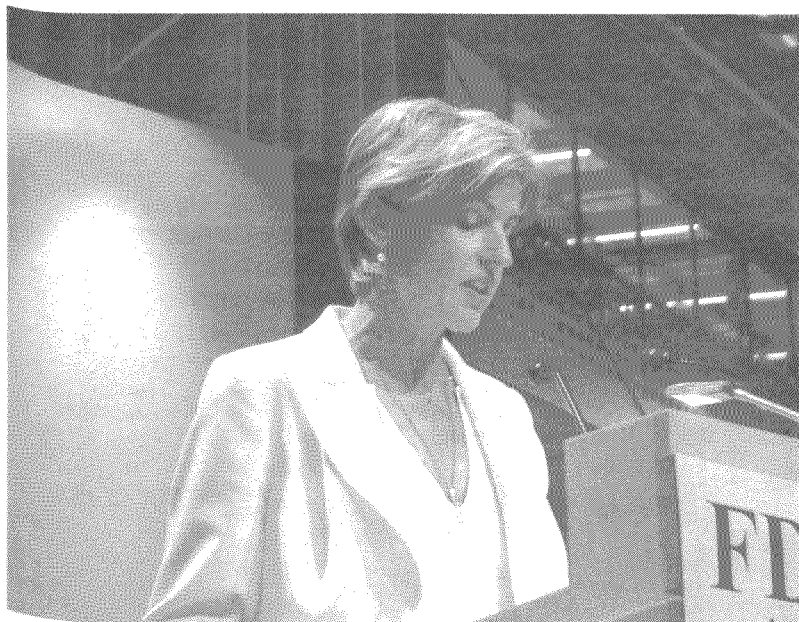


Das Dessertbuffet war nicht nur
gut, sondern auch sehr kreativ.



Auch für das leibliche Wohl war gesorgt.

Die FDP-Frauen – schön selbstbewusst...



Die Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst bekannte sich zur neuen
Strategie der FDP und gab die ambitionierten Wahlziele der FDP-Frauen
bekannt – die FDP-Frauen nutzten die Gelegenheit und verteilten
Flyer und eine Haarbürste, mit dem Aufdruck: «FDP-Frauen – schön
selbstbewusst».



Zum Schluss des Parteitages wurden Präsident Pelli und Vizepräsi-
dent Noser von Eva Nietlisbach und dem Publikum befragt.

Die liberale Frauenlobby macht mobil

Wir sind die liberale Frauenlobby

Eigenständig, selbstbewusst und kämpferisch war die Rede von Regierungsrätin Marianne Dürst, Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, anlässlich des Parteitagés «Lust auf Zukunft» in Zürich.



Fanden reissenden Absatz: die neuen Flyer der FDP-Frauen und die Mini-Haarbürste.



Ein eingespieltes Team: Vizepräsidentin Irene Thalmann (SZ) und Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard.

Wir alle wissen es: Die eidgenössischen Wahlen 2007 werden für die FDP kein Spaziergang. Böse Zungen behaupten, unsere Partei stehe allzu sehr im Gegenwind. Sie könne gar nicht zum Erfolg zurückfinden.

Die FDP-Frauen Schweiz sehen das anders. Wir sind überzeugt: In der FDP herrscht Aufbruchstimmung. Die Marschrichtung unseres

Parteipräsidenten Fulvio Pellistimmt. Wir verfügen nach wie vor über die besten Köpfe – über motivierte Männer und ebenso motivierte Frauen. Die FDP ist im Aufwind!

Bei den Frauen punkten

Wen wollen wir im Wahlkampf 2007 für die FDP gewinnen? In unserem Strategiepapier – «Eine

Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz» – heisst es: «Wir sind in allen Regionen der Schweiz vertreten, im Mittelstand verwurzelt und können zusätzlich zur bisherigen Wählerschaft bei der jüngeren, weiblichen und urbanen Wählerschaft am meisten Potenzial erschliessen.»

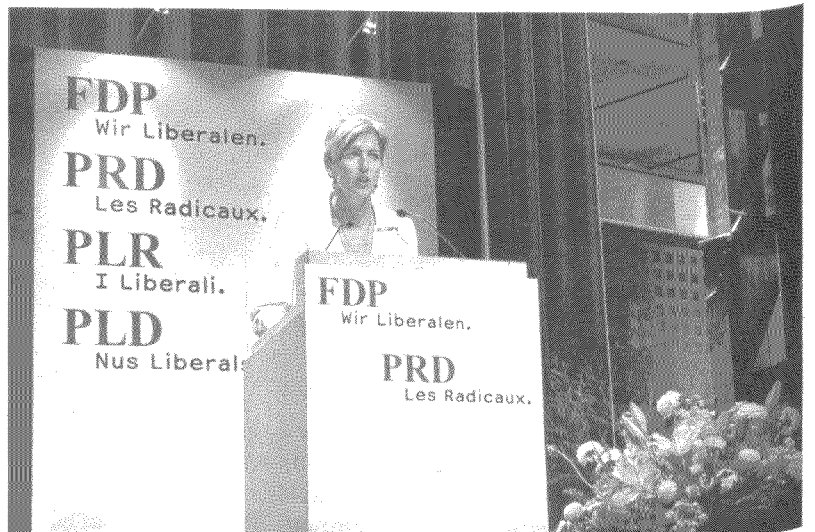
Wir FDP-Frauen teilen diese Sichtweise. Auch wir sind über-

zeugt, dass unsere Partei insbesondere bei den Frauen punkten kann. Wer vertritt die Anliegen der selbstbewussten, modernen und liberalen Frau besser als die FDP? Niemand. Was liegt also näher, als die Wählergruppe der Frauen speziell anzusprechen?

Prädestiniert für diese Aufgabe sind wir FDP-Frauen. Wir wollen im Wahlkampf 2007 einen Sonder-



Frauen – und Männer – waren von Marianne Dürsts Rede begeistert.



Marianne Dürst warb engagiert für die liberale Frauenlobby.

effort leisten – und die FDP insgesamt vorwärts bringen. Wir FDP-Frauen werden im eidgenössischen Wahljahr eigenständig auftreten – natürlich nicht gegen, sondern zugunsten der FDP. Wir wollen den Anteil der Frauen und Männer, die FDP-Kandidatinnen wählen, gesamtschweizerisch klar ausbauen – und so dazu beitragen, dass die FDP am 21. Oktober 2007 auf der Gewinnerseite steht.

Zielvorgabe: «3-mal 5»

Die FDP-Frauen Schweiz haben ein klares Ziel. Es lautet «3 mal 5». Wir wollen

- im Nationalrat die Vertretung der FDP-Frauen verdoppeln (10 statt 5 Sitze)
- im Ständerat die starke Vertretung der FDP-Frauen halten (5 Sitze).

Wie wollen wir FDP-Frauen dieses ehrgeizige Ziel erreichen?

Wir sind kämpferisch: Die FDP-Frauen werden nicht als nette liberale Gruppierung auftreten, sondern als offensiv-liberale Kraft. Kurz: Wir sind die liberale Frauenlobby in der Schweiz.

Wir sind profiliert: Unsere nationale Dachkampagne wird konsequent durch bekannte FDP-Exponentinnen verkörpert. Diese Topshots werden unsere Kernanliegen prominent und glaubwürdig vertreten – zugunsten aller FDP-Kandidatinnen und der FDP insgesamt.

Wir sind positiv: Die Markenzeichen der FDP-Frauen sind nicht Griesgram und Angriffe entlang der Gürtellinie. Wir werden im Wahlkampf lustvoll auftreten – schön selbstbewusst eben. Unsere Kampagne soll kreativ sein – und nicht zuletzt unsere eigenen Kandidatinnen motivieren, gemeinsam für unser Wahlziel «3 mal 5» zu kämpfen.

Wir sind vernetzt: Unsere Wahlkampagne soll mithelfen, die kantonalen FDP-Frauengruppen zu mobilisieren – und die freisinnigen Männer für die Anliegen der FDP-Frauen zu sensibilisieren. Gleich-

zeitig sprechen wir auch externe Zielgruppen an, zum Beispiel: Unternehmerinnen, berufliche Frauennetzwerke, Konsumentinnen, Studentinnen. Wir gehen auf überparteiliche Frauengruppierungen zu. Offensiv und ohne Berührungsängste.

Unsere Themen

Die FDP-Frauen Schweiz machen getreu ihrem Selbstverständnis als liberale Frauenlobby nicht Politik für jedermann. Wir machen liberale Politik von Frauen für Frauen – und für Männer, denen Chancengleichheit nicht gleichgültig ist.

Im Vordergrund stehen für die FDP-Frauen gleichstellungs- und familienrelevante Themen. Wir sagen

- Ja zu gemischten Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ja zu familienfreundlichen Unterrichts- und Betreuungsmodellen.

Diese Themen werden wir FDP-Frauen im Wahlkampf plakativ und lustvoll umsetzen. Zusammen mit unseren Topshots. Zugunsten aller FDP-Frauen, die für den National- und Ständerat kandidieren. Und im Interesse des freisinnigen Wahlerfolgs.

Listenplätze: mindestens 30 Prozent

Zuerst gilt es jetzt aber, die Hausaufgaben innerhalb der FDP zu machen. Der Strategieausschuss der FDP Schweiz und die Konferenz der kantonalen FDP-Präsidentinnen und -Präsidenten haben beschlossen, dass auf den Nationalratslisten mindestens 30 Prozent der Plätze den Frauen gehören. Es dürfen natürlich auch mehr sein. Und es dürfen auch gute Plätze sein!

Ich zähle auf Sie. Im Gegenzug können Sie auf die FDP-Frauen zählen. Bedenken Sie: Die Zukunft der Arbeitswelt ist weiblich, die Zukunft der Politik ebenso. Gut zu wissen also, dass es eine liberale Frauenlobby gibt: die FDP-Frauen Schweiz!

Netzwerkveranstaltung

Erfolg!

Einladung zur 3. Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen Schweiz am Samstag, 28. Oktober 2006, im Blue Monkey/Zunftthaus zur Schneidern in Zürich, 10.15 bis 14.15 Uhr

Programm

10.15–11.00 Eintreffen (Kaffee/Gipfeli)

11.00 Moderation: Eliane Gnägi, TeleBärn / FDP Schweiz

– **Begrüssung**

Regierungsrätin Marianne Dürst (GL), Präsidentin FDP-Frauen Schweiz



– **Patentrezepte für den Teamerfolg**

Wissenschaftliche Annäherung an den Erfolg und seine Faktoren von Dr. Enikő Zala-Mező, Psychologin, ETH Zürich



– **Von der Hausfrau zur Stadträtin**

Kathrin Martelli, Stadträtin Zürich, Vorsteherin des Hochbaudepartements, über ihren persönlichen Weg zum Erfolg in der Politik



– **Eigenlob stimmt –**

Selbstbewusste Kommunikation als Erfolgsfaktor
Präsentation von Marion Tarrach, eidg. dipl. PR-Beraterin BR/SPRG, Tarrach Public Relations, Basel



– **Dress for Success**

Gespräch mit Albert Kriemler, Chefdesigner Akris, über eine echte Schweizer Erfolgsgeschichte

– **Schlusswort und Verdankung**

Tina Weber Hilgarth, Co-Präsidentin FDP-Frauen Stadt Zürich

– **Networking-Apéro**

14.15 Uhr Ende

Eintritt

35 Franken pro Person als Unkostenbeteiligung (inkl. Begrüssungskaffee und Apéro)

Anmeldung

Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist beschränkt. Anmeldung an event@fdp-frauen.ch oder über www.fdp-frauen.ch

Engagement der jungfreisinnigen am Parteitag in Zürich

Am 16. September 2006 stellte die FDP ihren Ortsparteipräsidentinnen und -präsidenten die neue Strategie «Eine Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz» vor. An der Veranstaltung mit dem Titel «Lust auf Zukunft» erhielten die jungfreisinnigen Gelegenheiten, die Präsentation der Strategie mitzugestalten.



Simon Hofstetter, Generalsekretär der jungfreisinnigen Schweiz.



Eines der vier Podiumsgespräche – moderiert von der jungfreisinnigen Juliette Hotz.

So erläuterte die Präsidentin der jfs, Lena Schneller, die Projekte zu einer offenen Schweiz, welche sie zuvor als Präsidentin der gleichnamigen Arbeitsgruppe erarbeitet und an der Delegiertenversammlung in Murten vorgestellt hatte. In ihrem Referat sprach sie zunächst die Offenheit für Beziehungen zum Ausland, insbesondere zur EU, an. Eine offene Schweiz bedeute aber auch Offenheit im Innern. Der Schlüssel dazu sei eine erfolgreiche Integrationspolitik nach dem Prinzip «Fördern und Fordern», welche ein friedliches Zusammenleben auf der Basis der fundamentalen Grundrechte und Werte unserer Demokratie zum Ziel habe. Sie müsse die Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt, zum öffentlichen Leben und zur politischen Mitsprache gewährleisten. Die Integration von Migrant(inn)en solle durch ein Integrationsgesetz und die Ertei-

lung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts für jene, die bereits eine gewisse Zeit in der Schweiz leben, gefördert werden.

Die jungfreisinnige Nationalrätin Christa Markwalder Bär präsentierte die Strategie der FDP für eine intelligente Schweiz, welche auf vier Pfeilern basiere: Der Bildungsverfassung, dem Konkordat «HarmoS», dem Positionspapier «Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung» und der Stiftung «Forschung Schweiz». Nach der deutlichen Annahme der Bildungsverfassung verdiene das Konkordat «HarmoS», welches viele freisinnige Forderungen beinhalte, die volle Unterstützung der FDP. Das Positionspapier «Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung» umfasse sechs weitere Projekte: die Chancengleichheit dank Sprachkenntnissen, die Integration und die individuelle Förderung; die obli-

gatorische Einschulung mit dem erfüllten 4. Altersjahr; die transparentere Leistungsbeurteilung dank Noten auf allen Schulstufen; vermehrte Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sowie in die Bildungsvermittlung; Exzellenz im Sprachunterricht und die freie Schulwahl auf Gymnasialstufe. Mit der Stiftung «Forschung Schweiz» habe die FDP schliesslich eine weitere Idee zur Förderung der Forschung mittels innovativer Finanzierungsmodelle lanciert.

Im Anschluss wurden die Themen der neuen Strategie im Rahmen von vier Podien unter der Leitung von Lena Schneller (Präsidentin der jfs), Juliette Hotz (Präsidentin der jf@unibe und Vorstandsmitglied der jfs), Gisela Oreiller (Vorstandsmitglied der jfs) und Christian Wasserfallen (Stadtrat Bern) debattiert.

Unter dem Titel «Liberale Politik – auch in Zukunft» stellte der Generalsekretär der jfs, Simon Hofstetter, das Mentoringprogramm der jungfreisinnigen vor und zeigte anhand von einigen Beispielen die Möglichkeiten eines solchen Projektes auf. Im Weiteren wies er auf das Top-Shots-Konzept hin, dank welchem die jungfreisinnigen bei den Wahlen 2003 mit Christa Markwalder Bär einen Sitz im Nationalrat gewinnen und – neben der in Kürze nachrückenden Isabelle Moret – zwei weitere Personen auf dem ersten Ersatzplatz positionieren konnten. Eine Kombination des erfolgreichen Top-Shots-Konzepts mit dem viel versprechenden Mentoringprogramm schaffe die beste Ausgangslage für die Wahlen 2007!

Event

Visionen der bürgerlichen Jungparteien im Fokus

Lead Reformen und Ideen von JCVP, jungfreisinnigen und JSVP
Bürgerliche Politik – Wohlfahrtsstaat – Generationenvertrag – Umweltpolitik

3. Ideenmesse der Schweizer Think Tanks zum Thema: «Wahlen 2007 – Eine liberale Agenda für die Schweiz»

Session: Visionen der bürgerlichen Jungparteien im Fokus
Diskussionssession mit den Präsidenten von JCVP, jungfreisinnigen und JSVP
und weiteren Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik

Zeit: Donnerstag, 30. November 2006, 15.30 Uhr

Ort: Technopark Zürich, Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich

Blog: Diskutiere mit auf www.swisspolicy.net

Einladung

Jung, engagiert, unkompliziert. Und vor allem: interessiert an einer liberalen Zukunft der Schweiz? Ob Student, Jungpolitiker, Jungunternehmer oder einfach kritischer Zeitgenosse: Zeit, sich ins Netzwerk der innovativen Ideen zu begeben. Der Zutritt zur Messe ist frei.

An der 3. Ideenmesse analysieren die Schweizer Think Tanks Avenir Suisse und das Liberale Institut mit anverwandten Stiftungen und Forschungsinstituten die kommenden Nationalrats- und Ständeratswahlen 2007 unter dem Leitthema «Wahlen 2007 – Eine liberale Agenda für die Schweiz». In Workshops, Diskussionssessionen und Inputreferaten werden Analysen, Ideen und Strategien zur Zukunft liberaler Politik präsentiert.

Die 3. Ideenmesse richtet sich an Führungskräfte und Entscheidungsträger aus Parteien, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Insbesondere sind Jungpolitiker, Jungunternehmer und Studenten eingeladen, an diesem Netzwerk der innovativen Ideen teilzunehmen.

An der Diskussion teilnehmen werden:

Simon Oberbeck (Präsident JCVP Schweiz)
Lena Schneller (Präsidentin jungfreisinnige Schweiz)
Désirée Stutz (Präsidentin JSVP Schweiz)
Thomas Held (Avenir Suisse)
Rolf Schweiger (Ständerat FDP Zug)
Reto Wehrli (Nationalrat CVP Schwyz)
Silvan Lipp (Projektassistent Liberales Institut, Moderation)

Weitere Informationen

Programm und Teilnehmer der 3. Ideenmesse: www.swisspolicy.net
Avenir Suisse: www.avenir-suisse.ch
Liberales Institut: www.libinst.ch

Weitere Informationen zu «Visionen der bürgerlichen Jungparteien im Fokus» bei Silvan Lipp, Liberales Institut, silvan.lipp@libinst.ch, Tel. 044 364 16 66, 078 761 34 58.

Grossratswahlen

Kampagne der jungfreisinnigen kanton freiburg

Am 5. November 2006 wird im Kanton Freiburg der Grosse Rat neu gewählt.

Die jungfreisinnigen kanton freiburg treten diese Wahlen mit einem Team von elf Kandidatinnen und Kandidaten an. Die Liste der jrfr setzt sich aus 3 Frauen und 8 Männern im Alter von 22 bis 31 Jahren zusammen (Details finden sich auf www.jrfr.ch). In den nächsten Wochen planen die jungfreisinnigen nicht weniger als 20 Treffen mit Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Städten des Kantons. Der Startschuss für die Kampagne fiel

am Samstag, 16. September, im FMRA CLUB in Freiburg, einer angesagten Disco im Kantonshauptort. Eine richtige Vote-in-Party wie ursprünglich geplant und mit Unterstützung namhafter Politikerinnen und Politiker angekündigt, durften die Freiburger indes nicht feiern. Nur einen Tag zuvor entschieden die Behörden, die Veranstaltung könne nicht erlaubt werden, da das Konzept der Vote-in-Party – wie es bereits in einem Dutzend Kantone

umgesetzt wurde – verfassungsmässige Rechte gefährde. Die Idee musste deswegen auf etwas andere Weise verwirklicht werden. Anstatt ihre Abstimmungscouverts vor Ort in einen Briefkasten einwerfen zu können, erhielten die Besucherinnen und Besucher mit Abstimmungsunterlagen neben dem Grateintritt eine Briefmarke und einen Hinweis auf den nächstgelegenen Briefkasten. Mehr als 300 Gäste nahmen das Angebot der

jungfreisinnigen wahr und kamen dank Abstimmungsunterlagen kostenlos in den Genuss der Party. Neben der Musik wurden ihnen die 11 jungfreisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt und der Werbespot der freiburger jungfreisinnigen, welcher auch in den Kinos zu sehen sein wird, präsentiert.

Zusammenarbeit mit Osteuropa

Das Osthilfegesetz umfasst zwei Bereiche: die Transitionshilfe und den Erweiterungsbeitrag. Am 26. November 2006 stimmt das Schweizer Volk über diese wirtschaftlich, europa- und sicherheitspolitisch wichtige Vorlage ab.

Eckdaten des Erweiterungsbeitrags

Betrag

1 Milliarde Schweizer Franken

Laufzeit

5 Jahre Verpflichtungsperiode
8–10 Jahre Auszahlungsperiode

Begünstigte

Die 10 neuen Mitgliedstaaten der EU: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Zypern.

Tätigkeitsbereiche

1. Sicherheit, Stabilität und Reform
2. Infrastruktur und Umwelt
3. Privatsektorförderung
4. Menschliche und soziale Entwicklung

Ziel

Reduzierung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der erweiterten EU.

Beginn

Beginn nach Annahme des Osthilfegesetzes

Transition und Erweiterungsbeitrag

Seit Anfang der 90er Jahre unterstützt die Schweiz den Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und der früheren Sowjetunion. Das neue Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost) ermöglicht, dass die Schweiz diese Zusammenarbeit fortsetzen kann (Transitionshilfe). Das Gesetz ist zudem die Rechtsgrundlage für den Beitrag der Schweiz zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU (Erweiterungsbeitrag). Im Rahmen dieses Beitrags sollen von der Schweiz ausgewählte prioritäre Projekte in den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten finanziert werden.

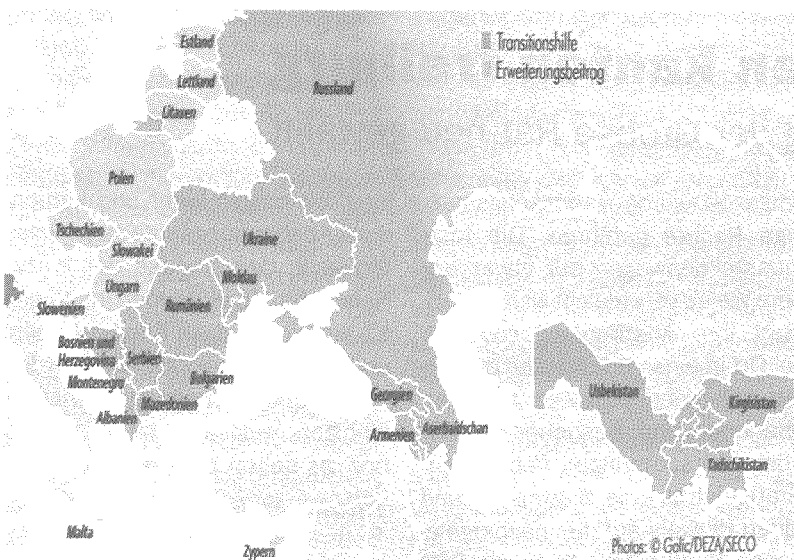
Investition in bilateralen Weg

Ein wichtiger Aspekt des Gesetzes über die Ostzusammenarbeit betrifft die Beziehungen mit der Europäischen Union. Die Pflege

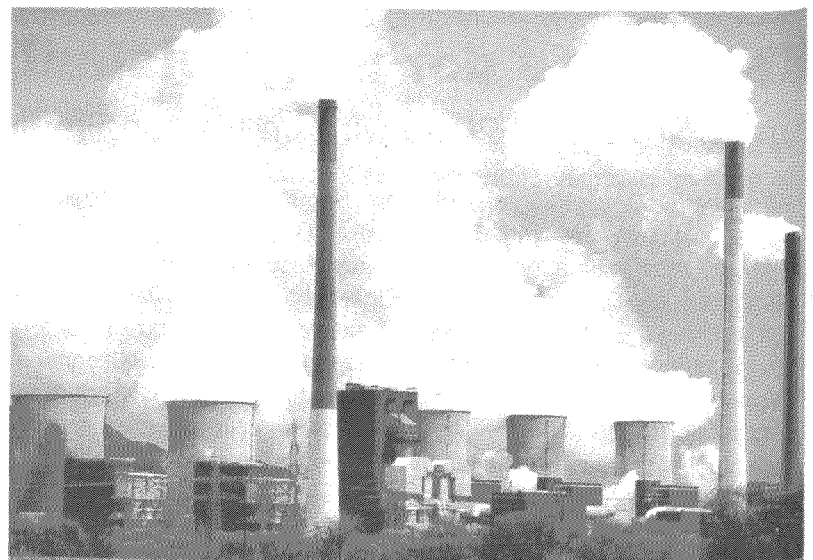
guter Beziehungen zur EU, die gegenseitige Kooperations- und Lösungsbereitschaft sind für die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU, unserer mit Abstand wirtschaftlich und politisch wichtigsten Partnerin, entscheidend. Die Unterstützung ist ein angemessener Beitrag zur Lastenteilung in Europa, der wichtig ist für erfolgreiche Interessenvertretung der Schweiz in Europa. Der eingeschlagene Weg des Bilateralismus kann langfristig nur gelingen, wenn durch Solidarität das gegenseitige Vertrauen erhöht wird.

Wirtschaftlicher Nutzen

Die bilaterale Ostzusammenarbeit bringt direkte finanzielle Rückflüsse durch Lieferaufträge und Mandate für die Schweizer Wirtschaft, deren Wissen, Güter und Dienstleistungen in den Partnerländern gefragt sind. Die Wirtschaft und der Werkplatz Schweiz profitieren generell vom Aufbau der osteuropäischen Wachstumsmärkte. Diese haben einen grossen Nach-



Die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten und die «Transitions-Staaten».



Solche Kraftwerke sollen modernisiert werden.

Bild: Keystone

holbedarf und aufgrund hoher Wachstumsraten eine rasch zunehmende Kaufkraft. Osteuropa ist darum zunehmend ein interessanter Handelspartner und Absatzmarkt. Durch das Engagement der Schweiz verbessern sich die Chancen der Schweizer Unternehmen bei Ausschreibungen im Rahmen von Programmen der internationalen Entwicklungsbanken und der EU-Strukturfonds.

Konkrete Projekte

Der Beitrag der Schweiz wird in Form konkreter Programmlinien und Projekte geleistet, die von der Schweiz in enger Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten ausgewählt und betreut werden. Folgende Projekte können unterstützt werden:

- Umweltprojekte wie die Reduktion des Schadstoffausstosses bei Öl-/Kohle- und Gaskraftwerken oder die Abwasserreinigung.

- Stipendienprogramme für junge ForscherInnen, StudentInnen sowie Ausbildungsprogramme für Lehrlinge

- Sicherheitsprojekte wie beispielsweise die Sicherung der Schengen-Aussengrenze sowie die Modernisierung der Polizei- und Justizbehörden.

Finanzierung

Die im Osthilfegesetz vorgesehenen Finanzierungen bringen keine Mehrbelastung für die Steuerzahler. Die Finanzierung wird budgetneutral geleistet, d.h. die Zahlungen werden innerhalb des Budgets kompensiert. Der Bund macht dadurch keine zusätzlichen Schulden. Die erforderlichen Budgetkürzungen werden bei der Auslandhilfe vorgenommen – die Finanzierung geht jedoch nicht auf Kosten der Entwicklungshilfe.

Interview

Im Gespräch mit Theresia Adam, Leiterin Ostzusammenarbeit, DEZA

Wo sehen Sie den grössten wirtschaftlichen Nutzen für die Schweiz beim Bundesgesetz Ostzusammenarbeit?

Die Schweiz profitiert wirtschaftlich in mehrfacher Hinsicht: Erstens durch direkte Aufträge – Schweizer Firmen erhielten für 780 Millionen Franken Lieferaufträge für Infrastrukturprojekte im Rahmen der Ostzusammenarbeit. Darin nicht eingerechnet sind die Aufträge an Schweizer Dienstleistungsunternehmen und Konsulenten. Zweitens haben wir einen Nutzen durch den sogenannten Türöffnereffekt: unser Engagement verbessert den Marktzugang von Schweizer Unternehmen und erhöht deren Chancen bei internationalen Ausschreibungen. Drittens fördert die wirtschaftliche Aufbauarbeit die Dynamik der Wachstumsmärkte, die nach Kapital und Konsumgütern verlangen. Die Schweiz erwirtschaftete mit diesen Märkten bereits Exportüberschüsse in Milliardenhöhe, was unsere Wirtschaft stärkt und Arbeitsplätze schafft.

Wohin wird der Schweizer Beitrag von 1 Milliarde Franken konkret fliessen?

Der Beitrag kommt vor allem den wenig entwickelten Randgebieten der neuen EU-Länder zugute. Mit konkreten Projekten trägt die Schweiz zur Verminderung des Stadt-Land-Gefälles und zum sozialen Ausgleich bei. Thematisch konzentriert sich die Unterstützung auf vier Themengebiete: Umwelt, Bildung, Sicherheit und Handelsförderung. Ein Beispiel aus dem Umweltbereich: Die Schweiz verfügt über innovative Technologie, mit der die Umweltsituation in den neuen Mitgliedstaaten verbessert werden kann. Durch die Modernisierung von thermischen Kraftwerken und Fernheizsystemen ist es möglich, den Schadstoffausstoss



Theresia Adam

drastisch zu reduzieren und die Energieeffizienz zu erhöhen. Wenn mit unserer Hilfe europäische Standards im Umweltschutz erreicht werden, tut dies der Gesundheit der Bevölkerung gut – und dem globalen Klima.

Wer kontrolliert, ob das Geld auch wirklich an den richtigen Ort fliesst?

Die Schweiz wird die Projekte in Zusammenarbeit mit den Partnerländern auswählen, begleiten und ihre Resultate laufend überprüfen. Diese Aufgaben werden von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO wahrgenommen. Beide Ämter verfügen in der Ostzusammenarbeit über langjährige Erfahrung und bewährte Monitoring-Instrumente. Wir betreten also kein Neuland.

Die Schweiz ist seit Beginn der 90er Jahre aktiv in der Ostzusammenarbeit. Braucht es wirklich ein neues Gesetz, um dieses Engagement fortzuführen?

Das neue Bundesgesetz Ost ersetzt den temporären Bundesbeschluss von 1995, der 2008 ausläuft. Es braucht also ein neues Gesetz, um die Fortsetzung der bewährten Ostzusammenarbeit zu

gewährleisten. Zudem braucht es eine solide rechtliche Grundlage für die Leistungen an die neuen EU-Länder.

Was hätte ein allfälliges Nein des Schweizer Stimmvolkes am 26. November auf die Beziehungen mit der EU und auf die Zusammenarbeit mit Osteuropa für Auswirkungen?

Bei einer Ablehnung gibt es mittelfristig keine rechtliche Grundlage mehr für die Ostzusammenarbeit, da die heute bestehende nur noch bis Anfang 2008 gültig ist. Die langfristig angelegten Hilfsprogramme in unseren Partnerländern in Südosteuropa und der ehemaligen Sowjetunion würden dadurch gefährdet.

Die Beziehungen mit der EU würden belastet und zukünftige Einigungen würden erschwert werden. Unmittelbare rechtliche Folgen sind damit nicht verbunden. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung dürfte sich ein negativer Entscheid auch auf die Wirtschaft nachteilig auswirken; es wäre z.B. damit zu rechnen, dass die Chancen von Schweizer Unternehmen bei Ausschreibungen im EU-Raum beeinträchtigt würden.

Erfolgreicher Einsatz der FDP für Innovation und Wachstum

Zurzeit wird die Änderung des Patentgesetzes in der Rechtskommission des Nationalrates beraten. Die Vorlage passt das Patentrecht dem technologischen Fortschritt und den internationalen Entwicklungen der vergangenen Jahre an.

Der Schwerpunkt der Revision, die auf eine Motion von FDP-Ständerätin Helen Leumann-Würsch zurückgeht, bildet die Frage der Patentierung biotechnologischer Erfindungen. Die Revision des Gesetzes bezweckt den angemessenen Patentschutz für biotechnologische Erfindungen. Dieser soll zum einen wirksam sein und zum anderen klare Schranken erhalten und einen Ausgleich zwischen den Interessen des Patentinhabers und denjenigen der Allgemeinheit gewährleisten.

Geplante Neuerungen

Die Grenzen der Patentierbarkeit sollen in Übereinstimmung mit der

Bundesverfassung und in Angleichung an die EG-Biotechnologie-Richtlinie gesetzlich näher bestimmt werden. Demnach kann der Mensch als Ganzes nicht Gegenstand eines Patentes sein. Dagegen sollen Bestandteile des menschlichen Körpers dem Patentschutz zugänglich sein, wenn eine Reihe einschränkender Bedingungen erfüllt sind.

Ein wichtiger Faktor der Innovationsstärke eines Landes ist die Forschungsfreiheit. Um dies zu gewährleisten, soll das bisher ungeschriebene Forschungsprivileg gesetzlich verankert werden. Dieses stellt sicher, dass die Forschung am Gegenstand einer Erfindung

auch ohne Zustimmung des Patentinhabers erlaubt ist.

FDP setzt sich für Innovationsstandort Schweiz ein

Die FDP unterstützt die Stossrichtung der Revision des Patentgesetzes, denn ein wirkungsvoller Patentschutz ist für den Forschungsstandort Schweiz von zentraler Bedeutung. Deshalb haben die FDP-Mitglieder in der Rechtskommission den Antrag eingebracht, die umstrittene Frage der geografischen Erschöpfung von Patenten (Parallelimporte) aus der Vorlage herauszulösen und verschiedene Aspekte der Erschöpfungsfrage vertieft zu prüfen. Eine deutliche

Kommissionsmehrheit folgte diesem Antrag der FDP. Dadurch kann das Patentgesetz nun rasch in den Räten beraten werden, was ein wichtiges Signal für den Innovationsstandort Schweiz ist.

Für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz ist das geistige Eigentum ein zentraler Erfolgsfaktor. Langfristiges Wachstum ist nur durch Innovation möglich. Ein griffiges Patentgesetz fördert die Innovation und schafft Wohlstand. Die FDP wird sich im Rahmen dieser und anderer Vorlagen für eine intelligente und wachsende Schweiz einsetzen.

KMU stärken

Die Schweiz gehört im Standortwettbewerb in der Disziplin Besteuerung von Unternehmen weltweit zu den konkurrenzfähigsten Ländern.

Von NR Gerold Bührer, Mitglied der WAK

Sie rangiert aber – gemessen an der Gesamtbelastung bei Gewinnausschüttung – am unteren Tabellenrand. Hier besteht Nachholbedarf.

Dem Trumpf steuerlicher Konkurrenzfähigkeit verdankt unser Land viel. Er ist mit Blick auf Wachstum und Arbeitsplätze von hoher Bedeutung. Verschiedene OECD-Nationen haben in jüngster Vergangenheit substantielle Erleichterungen im Bereich Unternehmensbesteuerung und Dividendenbelastung realisiert. Es ist daher Zeit, Gegensteuer zu geben.

Nach der ersten Unternehmenssteuerreform steht nun die Entlastung der KMU im Vordergrund. Der dringliche Teil der Vorlage, die Verbesserung bezüglich der Teilliquidation, wurde vom Parlament bereits in der Sommersession 2006 abgeschlossen.

Auch bei dieser Steuerreform geht es um eine Investition in die Zukunft. Der Staat wird letztlich nicht weniger, sondern mehr Steuern generieren können. Im Durchschnitt der Jahre gingen beim Bund gegen 1,5 Milliarden mehr Steuern von den Unternehmern ein. Die Schweiz ist mit Abstand zum attrak-

tivsten Holdingstandort Europas geworden.

Mit der Milderung der Doppelbelastung, vorwiegend bei KMU, sowie besonderer Erleichterungen für Personengesellschaften wird die mittelständische Wirtschaft gestärkt. Es wird zwar kurzfristig zu Steuerausfällen kommen, aber gemäss Gutachten werden mittel- bis längerfristig mehr Einnahmen generiert. Dies gilt auch für die AHV. Die Angstmacherei der SP wird sich einmal mehr in Luft auflösen.

Die materielle Steuerhoheit der Kantone ist respektiert. Sie sind frei, die vorgesehene Teilbesteuerung der Dividenden, welche bei

einem Beteiligungswert ab 10% in Frage kommt, anwenden zu wollen. Bereits eine Mehrheit der Kantone hat dieses System erfolgreich eingeführt. Dort kann es folglich auch kurzfristig keine neuen Steuerausfälle geben. Alles andere ist Angstmacherei.

Die anstehende Milderung der steuerlichen Doppelbelastung sowie die ergänzenden Erleichterungen von Personengesellschaften leisten einen weiteren Beitrag zur Stärkung unserer Volkswirtschaft. Sie kommen somit dank höheren Investitionen und neuen Arbeitsplätzen der Gesamtbevölkerung zugute.

FDP CH International

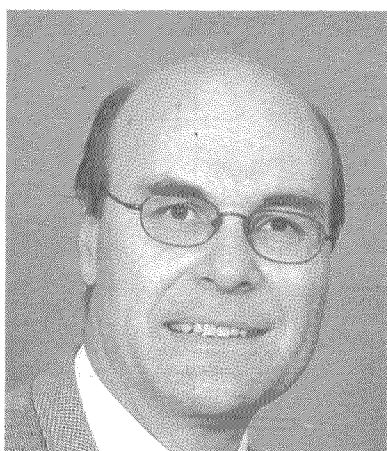
Interview mit Markus Hutter, Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz International

Markus Hutter, Sie sind Präsident der FDP Schweiz International – was bedeutet Ihnen dieses Amt?

Markus Hutter: Dieses Amt ist für mich eine wertvolle Ergänzung zur regionalen Verankerung im eigenen Unternehmen und zur politischen Arbeit im Nationalrat. Die Kontakte zu aktiven Auslandschweizern aus der ganzen Welt bedeuten für mich eine bereichernde Öffnung in die Welt der liberalen Auslandschweizer. Zudem kann ich mir als Präsident der FDP Schweiz International ein gutes Bild machen über die politischen Anliegen von Schweizerinnen und Schweizern, die im Ausland leben.

Was ist Sinn und Zweck der FDP Schweiz International?

Die FDP Schweiz International bezweckt den Zusammenschluss von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, die sich zu den liberalen und freisinnigen Grundsätzen bekennen. Sie soll als Teil der FDP Schweiz die politische Mitbestimmung unserer «fünften Schweiz» erleichtern sowie ihre Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Heimat ermöglichen. Die FDP Schweiz International setzt sich für die Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein, zum Beispiel für eine Vertretung der Auslandschweizergemeinde im Parlament, für die Schweizerschulen im Ausland oder für die elektronische Stimmabgabe. In den vergangenen Jahren hat die FDP Schweiz International vor allem mit der Vergabe des Auslandschweizerpreises auf sich aufmerksam gemacht: Fünf herausragende Persönlichkeiten, welche sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer verdient gemacht haben, sind mit diesem begehrten Preis bereits geehrt worden: Raymond Berthoud, Linda Geiser,



Markus Hutter

Hans Rudolf Würzler, Thomas Straubhaar sowie Leo Schelbert. Sowohl im Gastland als auch bei Aufenthalten in der Schweiz oder bei der Rückkehr ins Heimatland möchte die FDP Schweiz International ihren Mitgliedern ein wertvolles Beziehungsnetz bieten.

In welchen Ländern haben Sie Mitglieder?

Unsere Mitglieder sind über alle Kontinente verstreut und in sehr vielen Ländern auf dieser Erde vorübergehend oder dauerhaft zu Hause. Ihre Verteilung entspricht ungefähr derjenigen der Auslandschweizer generell und ist damit ein Abbild der wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit dem Ausland. Schwergewichtig leben unsere Mitglieder natürlich in den europäischen Nachbarländern, in Nord- und Südamerika sowie in Asien.

Wie ist der Zusammenhalt der Mitglieder?

In einzelnen Staaten und Regionen gibt es Zusammenkünfte der dortigen freisinnigen Auslandschweizersektionen und damit ein aktives Vereinsleben vor Ort. Ein alljährliches «get together» ist der Auslandschweizerkongress im August und die Generalversammlung unserer FDP Schweiz International. Seit fünf Jahren hat sich auch die

Verleihung des Auslandschweizerpreises zu einem beliebten Treffpunkt der Mitglieder entwickelt. Wir wissen aber auch, dass viele direkte Kontakte bestehen im Rahmen der Auslandschweizergemeinden und der Schweizerschulen.

Welchen Bezug haben die Mitglieder noch zur Schweiz?

Das Interesse an ihrer «alten» Heimat ist gross, und gerade auch die neuen elektronischen Kommunikationsmittel erlauben einen intensiveren Bezug zur Schweiz. Das E-Voting (Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen auf elektronischem Weg) wird den Einbezug und die Bedeutung der Auslandschweizerstimmen noch deutlich erhöhen.

Wo steht die FDP Schweiz International politisch – z.B. in Bezug zur Zusammenarbeit mit Osteuropa?

Die Mitgliederversammlung der FDP Schweiz International hat an ihrer Sitzung vom 19. August 2006 zur Eidgenössischen Abstimmung vom 26. November einstimmig die Ja-Parole zur Zusammenarbeit mit dem Ländern Osteuropas gefasst. Dies, weil gute Beziehungen zur EU im Interesse der Schweiz und der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind. Der Schweizer Beitrag ist nicht der Preis für die bilateralen Abkommen mit der EU,

sondern eine Investition in gute Beziehungen mit heutigen und künftigen EU-Staaten. Als Beitrag zur Lastenteilung in Europa ist dieser Beitrag entscheidend für die weiterhin erfolgreiche Interessenwahrung gegenüber der EU, unserer wirtschaftlich und politisch wichtigsten Partnerin. Diese langjährige Partnerschaft ist die Grundlage für die Präsenz von Tausenden von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern in diesen Staaten.

Was wünscht die FDP Schweiz International der Schweiz?

Eine Fortsetzung des Schweizer Erfolgsmodells, das auf den bewährten liberalen Werten wie Freiheit, Offenheit, Selbstverantwortung, Toleranz und Solidarität basiert. Die FDP Schweiz International wünscht sich zudem eine offene, aktive Schweiz, die im Rahmen der internationalen Organisationen ihre grosse Bedeutung beibehält und auch im Aussenwirtschaftsbereich ihre aktive Rolle konsequent weiterführt. Eine Schweiz, welche die Beziehungen zu ihren Bürgerinnen und Bürgern im Ausland intensiviert, auf deren Interessen Rücksicht nimmt und damit die internationale Mobilität fördert.

www.fdp-schweiz-international.com

Agenda


Oktober

- 2.–6. Herbstsession in Flims Laax (GR)
- 13. Sekretärenkonferenz
- Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung (LU)
- a. o. Delegiertenversammlung (LU)

November

- 16. Bundesratsparteien-Gespräche
- 17. von-Wattenwyl-Gespräche
- 24./25. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 26. Eidgenössische Volksabstimmung

Liberaler Politik – klar wie Wasser

schwimmt auch als Barsch	↓	sie fliesst im Prättigau	Mormonenstaat der USA	↓	abgekürzte Strasse	franz. Holz und Gehölz er schützt Militätköpfe	↓	sie läuft zuerst durchs Ziel	sie fliesst logischerweise am Julierpass	↓	der Grosse oder der Kühne
ziemlich lustiger Zürcher Fluss	→	4			war Kaiserin von Persien einst kath.-konservativ	→					
Los Angeles für ganz Schnelle	→		hier gibt es Eisbären Berneroberränderfälle	→				hier fliesst die junge Reuss Blaublütiger			
	→				altrömische Festung bärenstarker Name	→			5		fliesst unter der Brücke von Lavertezzo
heisst nach dem See Limmat	→	ziert jeden Doktor Fluss und Pass in GR		so kürzte sich ein Druckmass	↓	Umberto, mit dem Namen der Rose		der kleine Eduard leichtestes Leichtmetall			sie fliesst nahe der Kyburg
mit viel Wasser gemaltes Bild	→						3	spät an der Themse alter Hofclown			
sie fliesst durch Lauterbrunnen	→		2					6		Obigationenrecht Gott für Lateiner	
deutscher Schriftsteller runder Erdkriecher	→				sammelt Sommerwasser für Winterstrom		Dorf am Engadiner-Inn				
1	←			der (ausgemusterte) König in Rom	↓	Schutzgott i. alten Rom frühestes CH-Mitglied			europ. Weltraumorg. kl. Sonnenkriecher		
	→							zwei grosse Schweizer Rheinzufüsse			
klassisch frühes Zeitalter	→	Shakespeare-König fliesst in d. Murtensee				Appenzeller Zufluss zur Thur		Geysir-Insel nautical mile			fliesst lang durch den gleichnamigen Kanton
französ. Sumpf als Stadtteil von Paris	→	meist runde Koralleninsel		ausgemusterte Infanterie-Kanone		schätzt man mehr am Ufer als im Getriebe				ganz kurze Transaktionsanalyse	
	→					klein Irma in Mundart mitten im Rad		13			er sah ein Röslein stehn
	→							9			
Watschel-tante am und im Wasser	→			englisch fein essen	→		CH-Nordgrenzfluss Soldatenschule		11		selbst in Räten wird oft eins ausgebrütet
	→		12	dieser Inn fliesst noch in der Schweiz	↓	an ihrem Ufer fielen Schweizer in Russland		7			
jede weisse Insel	→	der See mit der Reichenau									West-sibiriens Hauptstrom

Preise:

1.–3. Preis je eine TRISA-Sonic-power-Schallzahnbürste

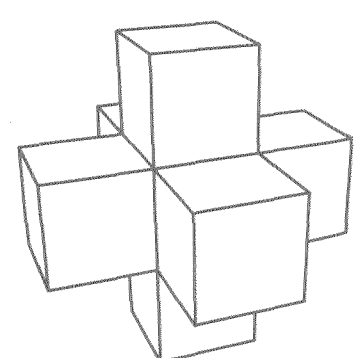


So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 30. Oktober 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

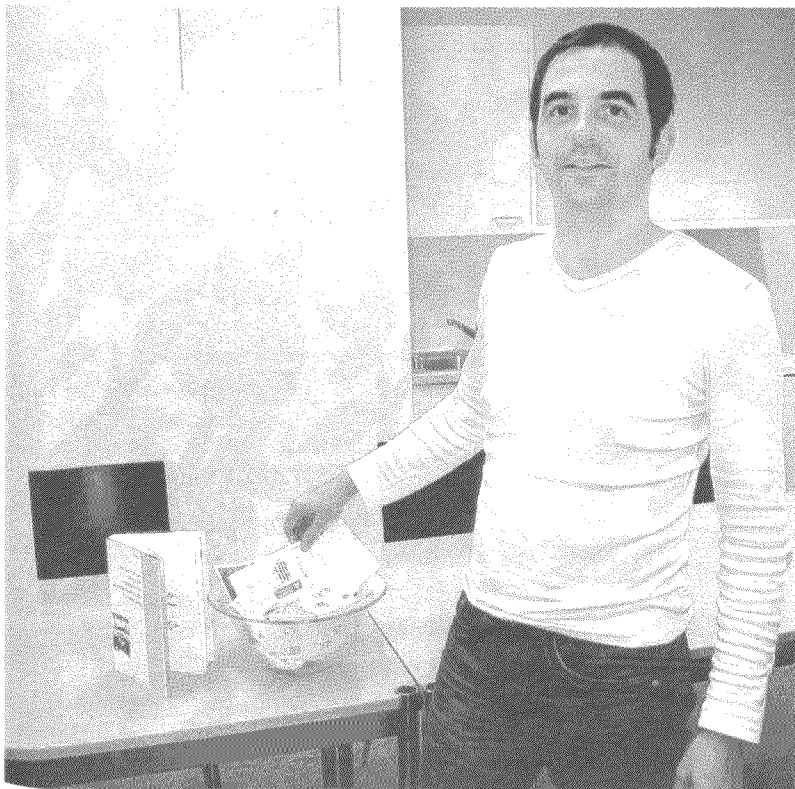
Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----



Autor Jon A. Fanzun zog die Gewinner gleich selbst und signierte die Bücher.

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 7/06

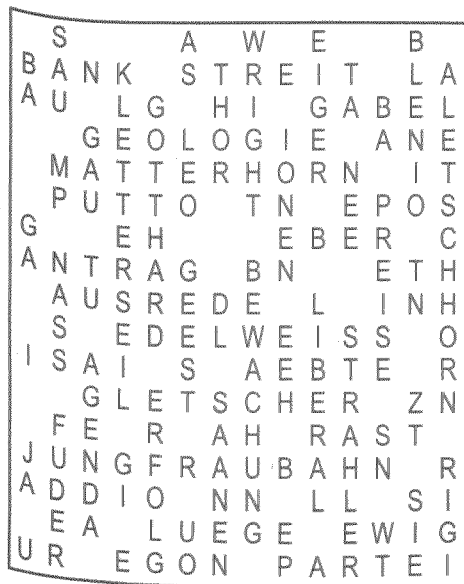
Hoch hinaus!

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 7/06 lautete: **Dufourspitze**. Bis zum Redaktionsschluss sind 248 richtige Antworten bei uns eingegangen.

1.-3. Preis: je ein Buch, gestiftet von NZZ Buchverlag.

Titel: *Die Grenzen der Solidarität - Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg*

Autor: Jon A. Fanzun, Politischer Sekretär, FDP Schweiz



Gewonnen haben:

- Frau Beatrice Meier, Hardlimattstrasse 15, 4322 Mumpf
- Herr Theo Frei, Weidweg 5, 4806 Wikon
- Herr Rudolf Herzig, Kornweg 4, 8500 Frauenfeld

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Herzlich willkommen!



Giulia Mariani

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz hat Unterstützung bekommen. Im Oktober hat Giulia Mariani (50%) ihre Arbeit aufgenommen. Giulia Mariani ist ein weiteres Teammitglied im Sekretariat. Sie ist mehrsprachig und betreut das französische Sekretariat. Wir heissen sie herzlich willkommen und wünschen ihr Freude und Befriedigung an ihrer Arbeit!

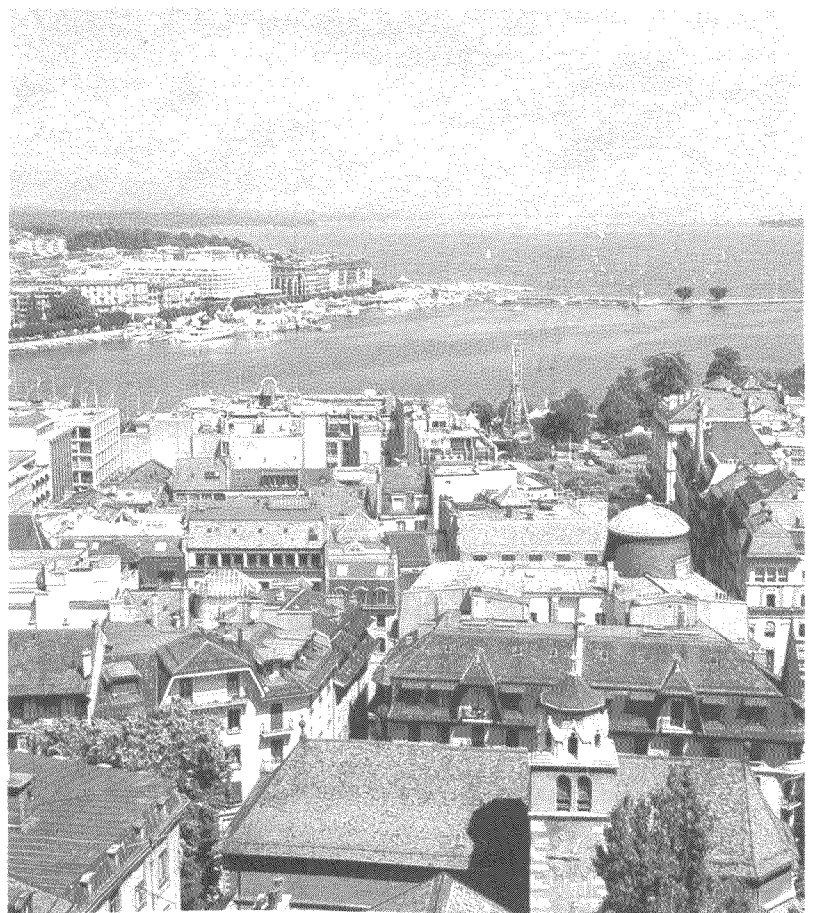
Im nächsten «Freisinn» werden wir ihnen die neue Assistentin von Generalsekretär Guido Schommer vorstellen.

Veranstaltungshinweis

Vorankündigung Delegiertenversammlung 2007

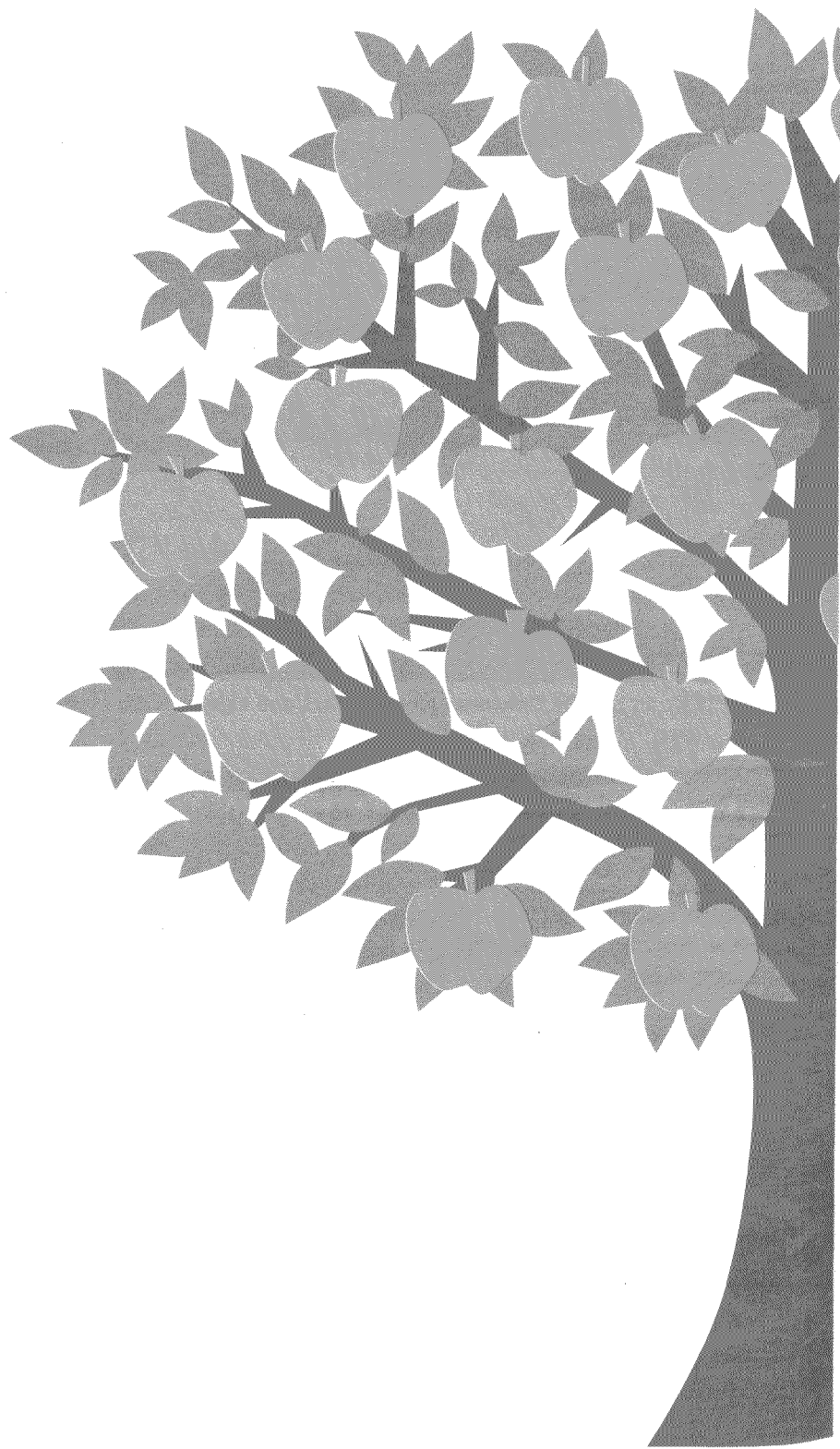
Wir freuen uns, die Delegierten am 19./20. Januar 2007 in Genf zu begrüssen!

Programm und Einladung folgen zu gegebener Zeit.



Wer sät wird ernten.

Die Zusammenarbeit
mit den neuen
EU-Ländern sichert uns
Exportmärkte und
festigt den bilateralen
Weg der Schweiz.



Eidgenössische Abstimmung
am 26. November 2006

JA Zusammenarbeit mit Osteuropa
Bewährte Bilaterale

Komitee «JA zur Zusammenarbeit mit Osteuropa – Bewährte Bilaterale JA» • Postfach 6136 • 3001 Bern • www.bilaterale.ch • info@bilaterale.ch